

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

November 2018

MONATLICHES E-PAPER

WELTKLIMARAT

Klimaschutz
erfordert sofortiges
Handeln

ODA

Schneller Wandel
im System der
Entwicklungsfinanzierung

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Weshalb Kuba zum
Vorreiter urbaner
Landwirtschaft wurde



Chancen- Ungleichheit

Monitor

Neue Herausforderungen für Entwicklungspolitik | SDGs und Privatsektor | Staatsfragilität als Hürde für SDGs | Drogenpolitik | Mischfinanzierungen für Wasserversorgung | Heutzutage: „Ehrenmorde“ in Indien | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zum Sonderbericht des Weltklimarats, den diesjährigen Friedensnobelpreisträgern, den anstehenden Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo und Protesten in Honduras **11**

Tribüne

ULRICH POST

Warum die öffentliche Entwicklungshilfe zugunsten privater Investitionen an Bedeutung verliert **16**

KATHERINE CASHMAN

Kuba als Pionier urbaner Landwirtschaft **19**

Schwerpunkt: Chancen-Ungleichheit

MONA NAGGAR

Die Angst vor sozialem Abstieg im Libanon **22**

ROLI MAHAJAN

Weniger extreme Armut, aber mehr Ungleichheit in Indien **24**

JAMES G. BENNETT

Kosten und Nutzen des sozialpolitischen Armutstargetings **25**

FRANK BLISS

Staatlicher Fonds ermöglicht in Kambodscha Gesundheitsfürsorge der ärmsten Bevölkerungsgruppen **27**

INTERVIEW MIT MARKUS LOEWE

Warum soziale Sicherung Wirtschaftsentwicklung befördert **29**

KORINNA HORTA

Zu Lasten von Minderheiten hat die Weltbank Sozial- und Umweltstandards abgeschwächt **32**

KATJA DOMBROWSKI

Gute Bildung für alle hilft soziale Ungleichheit zu überwinden **34**

INTERVIEW MIT FRANK MASANTA JR.

Bildungsaktivist kämpft für gesellschaftlichen Wandel in Sambia **36**

SABINE BALK UND REBECCA RENZ

Fachliteratur zu menschengemachter Armut und den institutionellen Gründen des wirtschaftlichen Erfolgs oder Misserfolgs verschiedener Staaten **38**

SCHWERPUNKT

Chancen-Ungleichheit

Nichtextreme Armut

Relative Armut kann ähnlich belastend sein wie absolute Armut. Das erfährt die Journalistin Mona Naggar täglich in Beirut. In Indien konnten zwar Millionen von Menschen der extremen Armut entkommen, doch die Ungleichheit wächst, schreibt die indische Journalistin Roli Mahajan. **SEITEN 22, 24**

Armutstargeting

Gezielte Programme zur Armutsbekämpfung, genannt Armutstargeting, gelten oft als vielversprechend. Die Erfahrungen sind aber je nach Methode unterschiedlich, erklärt der Wissenschaftler James G. Bennett. Über die Erfahrungen mit einer gezielten Maßnahme, einem Gesundheitsfonds für extrem arme Kambodschaner, berichtet der Ethnologieprofessor Frank Bliss. **SEITEN 25, 27**

Stimmige Sozialpolitik

Sozialpolitik dient nicht nur dazu, Armut zu verhindern und soziale Kohäsion zu sichern. Sie treibt laut Markus Loewe vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik auch Wachstum an. Die Weltbank spricht sich ebenfalls für umfassende soziale Sicherung aus und macht in ihrem neuen Weltenwicklungsbericht konkrete Vorschläge. **SEITEN 29, 30**

Missglückte Reform

Die Weltbank hat ihre Sozial- und Umweltstandards deutlich abgeschwächt. Dem Urteil der Wissenschaftlerin Korinna Horta zufolge werden marginalisierte Gemeinschaften unter mehr Umweltzerstörung leiden. **SEITE 32**

Bildung für sozialen Aufstieg

Bildung ist ein entscheidender Faktor, um Ungleichheit zu überwinden. Sie kann sozialen Aufstieg ermöglichen und die Geschlechtergerechtigkeit verbessern. Die Politik muss für einen breiten Zugang zu Bildung sorgen und deren Qualität sicherstellen. Dies waren Ergebnisse der diesjährigen PEGNet-Konferenz in Cotonou, Benin, von der E+Z/D+C-Redakteurin Katja Dombrowski berichtet. Es entspricht auch den Erfahrungen des Bildungsaktivisten Frank Masanta Jr., der in Sambia eine Schule für arme Kinder betreibt. **SEITEN 34, 36**

Weshalb die SDGs nötig sind

Armutsbekämpfung ist eine vielschichtige Angelegenheit. Es ist wichtig, dass alle Menschen genug Essen bekommen, aber es geht um mehr. Grundsätzlich muss das Familieneinkommen allen Mitgliedern einen würdigen Lebensunterhalt ermöglichen. Obendrein sollen erwachsene Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Armutsbekämpfung bedeutet also, denen Lebenschancen zu eröffnen, die bislang keine haben.

Nur wo breite Mehrheiten Möglichkeiten sehen, wirtschaftlich voranzukommen, gibt es soziale Inklusion. Andernfalls erzeugt Ungleichheit nur Frustration. Wie Chancengerechtigkeit zu schaffen ist, ist politisch umstritten. Laut Markt-Orthodoxie schaden zwar staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen; die Erfahrung lehrt aber, dass alle erfolgreichen Industrienationen Märkte mit sozialpolitischen Mitteln stabilisieren und ergänzen. Sie gewähren allen Bevölkerungsgruppen Schutz vor Not und sichern sogar in gewissem Maß den sozialen Status. Im Rahmen kompetenter Regulierungen entfaltet sich derweil die Wirtschaft – und auch Umweltschutz würde es ohne stimmige staatliche Vorgaben nicht geben. Etablierte Industrienationen haben jedenfalls Sozialstaaten mit den typischen Grundpfeilern:

- allgemeiner Zugang zum Gesundheitswesen,
- kostenfreie Schulbildung,
- Renten- und Arbeitslosenversicherung und
- materielle Grundsicherung für alle.

Dass der Sozialstaat der USA vergleichsweise schwach entwickelt ist, ist kein Gegenbeweis. Tatsächlich sind die Chancen dort besonders ungleich verteilt. Zum Beispiel ist die Lebenserwartung niedriger als in EU-Ländern, wobei reiche US-Bürger im Schnitt deutlich länger leben als arme. In den USA ist auch die Kindersterblichkeit höher als in vielen anderen wohlhabenden Ländern. Das liegt vor allem daran, dass viele Familien aus benachteiligten Schichten keine Krankenversicherung haben.

Soziale Inklusion und Armutsbekämpfung stehen weit oben auf der UN-Agenda 2030 mit den Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs). Es gibt im Gesundheits- und Bildungswesen vielerorts Fortschritte, und auch Grundsicherungsmodelle kommen voran. Existenzielle und relative Armut bereiten aber weiterhin Probleme – und fast überall wächst die Ungleichheit. Letzteres trifft auf Länder mit niedrigen Einkommen ebenso zu wie auf solche mit hohen. Das liegt mit daran, dass marktradikale Politiker Sozialpolitik pauschal diskreditiert haben. Als legitim gilt oft nur noch, was Märkte von selbst produzieren. Die Trendsetter von Sozialabbau und Deregulierung waren Margaret Thatcher und Ronald Reagan in den 1980ern. Ihr Vorbild wurde vielfach kopiert, und die Schere zwischen Arm und Reich klappt nun in vielen Industrienationen weiter auseinander.

In der Theorie lösen Märkte alle Probleme. Wäre das im wirklichen Leben so, brauchten wir aber keine SDGs. Der informelle Sektor ist per Definition unreguliert und unterliegt nur dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Wer von ihm abhängt, bleibt aber meist in Armut gefangen. Märkte verteilen Chancen nun mal nach Kaufkraft. Damit alle im Leben Chancen bekommen, ist kluge Politik nötig – und der aktuelle Weltentwicklungsbericht der Weltbank enthält dazu stimmige Vorschläge (siehe S. 31). Sie können zum Erreichen der SDGs beitragen.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Debatte



Preis gegen die Scham

Den Friedensnobelpreis haben in diesem Jahr die Jesidin Nadia Murad und der kongolesische Frauenarzt Denis Mukwege für ihren Einsatz gegen sexualisierte Gewalt im Krieg erhalten. Die pakistanische Studentin Mahwish Gul hofft, dass die Auszeichnung den Blick auf die Opfer verändern wird. Scham hilft nicht – nötig sind Anerkennung des Leids und Unterstützung. **SEITE 12**

Tribüne



Große Veränderungen in Sicht

Die Finanzierung von Entwicklung wird sich nach Ansicht von Ulrich Post von der Welthungerhilfe in Zukunft stark verändern. Die klassische staatliche Entwicklungshilfe wird demnach auf Dauer an Bedeutung verlieren, private Investitionen aus dem In- und Ausland hingegen werden an Umfang und Gewicht zunehmen. **SEITE 16**

Wegbereiter für urbane Landwirtschaft

Mit einer Agrarreform in den 1990er Jahren wurde Kuba zum Pionier urbaner Landwirtschaft. Den Anstoß dafür gaben besondere politische und soziale Umstände. Katherine Cashman, Beraterin für Stadtrecht bei UN-Habitat, erläutert, weshalb Städter in großem Stil zur Lebensmittelproduktion Kubas beitragen. **SEITE 19**



Mauretanische Landschaft: Afrikanische Länder sind Klimarisiken ausgesetzt: Bei katastrophalen Wetterereignissen bietet die African Risk Capacity Versicherungsschutz.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Kritische Prüfung

Die Welt ändert sich schnell und wird zunehmend komplex. Die Entwicklungspolitik muss sich anpassen. Einige Herausforderungen sind ihrem System immanent, andere folgen aus übergreifenden globalen Trends. Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sind Wirksamkeit und die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele der UN die maßgeblichen Paradigmen.

Von Hans Dembowski

Entwicklungspolitik kann auf verschiedene Weise erfolgen. Ein besonders anspruchsvolles Konzept ist, Hochschulen aus verschiedenen Ländern gemeinsame Master-

programme anbieten zu lassen. Manuel Parra von der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität kennt sich damit aus. Der Chilene arbeitet am Center for International Health der LMU, das mit mehreren latein-amerikanischen Hochschulen kooperiert, um Gesundheit am Arbeitsplatz voranzubringen. Die Hochschulen bieten einen einschlägigen Masterabschluss im Fernstudium an. Die Zielgruppe sind Fachleute, die von örtlichen Tutoren betreut in ihrer Heimat studieren.

Wie Parra ausführt, dient das Programm nicht nur der Weiterqualifizierung von Profis. Es generiert auch neues Wissen, denn die Abschlussarbeiten beruhen auf empirischer Forschung zu vielfältigen Fra-

gen, die von informeller Beschäftigung bis hin zu psychischen Problemen und Gewalt am Arbeitsplatz reichen.

Das Konzept ist stimmig, aber die Finanzierung kann in einigen der betroffenen Länder, darunter Chile, schon bald zum Problem werden. In diesen Ländern steigt nämlich das Durchschnittseinkommen so sehr, dass Ausgaben zu ihren Gunsten bald nicht mehr als offizielle Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) zählen werden. Stefan Bienefeld vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) berichtet, bislang unterstützte das BMZ die gesamte akademische Arbeit, aber von wohlhabenden Ländern erwartet die Bundesregierung, dass sie ihre akademischen Einrichtungen selbst finanzieren.

Der Bezugsrahmen der Entwicklungspolitik ändert sich auf vielfältige Weise. Das war Thema der Konferenz „Rethinking Development Cooperation“ am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) im September. Laut DIE-Abteilungsleiter Ste-

phan Klingebiel stellen sowohl systemimmanente als auch externe Entwicklungen die gewohnte Praxis infrage. Systemimmanent gewinne beispielsweise die Süd-Süd-Zusammenarbeit an Bedeutung. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang zum Beispiel die wachsende Finanzkraft der Asian Infrastructure Investment Bank und der New Development Bank, zweier multilateralen Institute mit Sitz in China, bei denen Schwellenländer den Ton angeben.

Zugleich bedauert Klingebiel, die Wirksamkeitsagenda habe an Schwung verloren. Ihr Startsignal war 2005 die multilaterale Paris Declaration on Aid Effectiveness mit Grundprinzipien wie Geberharmonisierung, Eigenverantwortung der Entwicklungsländer und wechselseitiger Verantwortung aller Partner. Ziel war, staatliche Institutionen und gute Regierungsführung zu stärken, und zu diesem Zweck sollten die etablierten Gegner der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) einheitliche Regeln einhalten (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S. 17). Diese Themen verdiente weiterhin Aufmerksamkeit, urteilt der DIE-Wissenschaftler.

Erneuerungsbedarf gebe es aber auch wegen Faktoren, die jenseits der Entwicklungspolitik verankert sind, warnt Klingebiel. So werde etwa das multilaterale System infrage gestellt und populistischer Nationalismus gewinne vielerorts an Einfluss. Migration und Massenflucht seien Wasser auf seine Mühlen. Laut Klingebiels Urteil braucht die Entwicklungspolitik neue Narrative.

DEMOKRATIEFÖRDERUNG

In diesem Kontext stellt sich beispielsweise die Frage, ob Demokratieförderung noch legitim ist. Als sie in einer Arbeitsgruppe während der Konferenz formuliert wurde, lautete eine indische Reaktion sofort, südlich des Himalaya werde jegliche Hilfe beim Schutz der Demokratie gebraucht, weil die rechtspopulistische Regierung von Premierminister Narendra Modi sie unterhöhle. In der Diskussion wurde schnell deutlich, dass Demokratieförderung im Sinne des Transfers eines westlichen Modells nicht glaubwürdig ist, dass aber universelle Prinzipien wie Menschenrechte und freie Wahlen uneingeschränkte Unterstützung verdienen.

Der entscheidende Punkt ist, dass Menschen aus aller Welt nach diesen Prin-

zipien leben wollen. Das haben Demokratiebewegungen in vielen Ländern bewiesen, auch wenn Spitzenpolitiker mit autoritären Neigungen das leugnen. Es ist allerdings bemerkenswert, dass autoritäre Populisten nur selten dank deutlicher Mehrheiten bei Wahlen ins Amt kommen. In Indien gewann Modis Parteienkoalition mit nicht einmal 40 Prozent der Stimmen mehr als die Hälfte der Abgeordnetenmandate. Rodrigo Duterte wurde mit nur 38 Prozent der Stimmen philippinischer Präsident. Donald Trump bekam fast 3 Millionen Stimmen weniger als seine Gegenkandidatin Hillary Clinton, profitierte aber von den Eigenarten des US-Wahlrechts und wurde dennoch Staatschef. Je mehr populistische Politiker im Amt ihre Macht verwenden, um die Verfassung zu verbiegen und der Opposition die Chancen auf Machterwerb zu verbauen, umso mehr verspielen sie ihre demokratische Legitimität.

Demokratie bedeutet selbstverständlich mehr, als dass die Regierungsspitze gewählt ist. Der Anspruch muss sein, Bürger möglichst intensiv in die öffentliche Willensbildung einzubeziehen. Dazu können Entwicklungsorganisationen auf innovative Weise beitragen.

Die nichtstaatliche Welthungerhilfe hat beispielsweise in Liberia an der Formulierung des neuen Landrechts mitgewirkt. Zusammen mit örtlichen Partnern lud sie unterschiedliche Interessengruppen zu runden Tischen und Debatten ein, woraus dann schließlich ein Gesetzgebungsverfahren resultierte. Constanze von Oppeln, eine Mitarbeiterin der Welthungerhilfe, berichtet, es sei nicht darum gegangen, vorformulierte Konzepte zu verabschieden. Das Ziel sei vielmehr gewesen, Liberianer zu befähigen, Regeln zu formulieren, die ihrer Gesellschaft entsprechen. Das neue Gesetz ist nun in Kraft und wird hoffentlich Probleme wie Landraub in den Griff kriegen.

UMFASSENDE PERSPEKTIVE

Praveen Jha von der Jawaharlal-Nehru-Universität in Delhi räumt ein, Entwicklungszusammenarbeit sei stärker geworden. Er bezweifelt aber, dass sie angesichts umfassender, bedrohlicher Perspektiven wirklich entscheidend ist. Das Finanzkapital habe weltweit zu viel Einfluss, und Schwellenländer wie Indien, Russland und China wetteiferten um die Zahl der meisten

Milliardäre, aber Ernährungssicherheit von Menschen sei massenhaft nicht gewährleistet. Aus Jhas Sicht kommt es darauf an, den globalen Kapitalismus zu regulieren. Das geschehe aber nicht.

Auf ähnliche Weise stellt auch Aram Ziai von der Universität Kassel die ODA in Frage. Wichtiger, als Geld ins Ausland zu schicken, sei es, dafür zu sorgen, dass Geld von dort nicht abfließe. Nötig sei beispielsweise die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung. Grundsätzlich müssten globale Strukturen so gestaltet werden, dass Armut und Ausbeutung unmöglich würden. Marktorthodoxe Globalisierung leiste das nicht.

Ariane Hildebrandt vom BMZ erkennt ihrerseits große globale Herausforderungen, betont aber, dass die ODA-Mittel begrenzt sind. Ihr Ministerium wolle internationale Agenden prägen und orientiere sich an den Paradigmen der Wirksamkeit der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs). Das entspreche den aktuellen Anforderungen.

Die Ministerialbeamtin weist darauf hin, das BMZ habe das Evaluierungsinstitut DEval geschaffen, um systematisch aus Erfahrung lernen zu können (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/07, S. 16). Es sei an innovativen Konzepten interessiert. Das Textilbündnis, das ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse bekämpft (siehe E+Z/D+C e-Paper 2015/12, S. 40), nennt sie als ein Beispiel. Ein weiteres ist die Führungsrolle des BMZ bei der Einführung von Klimaversicherungen wie der African Risk Capacity (ARC – siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/07, S. 23).

Die ARC ist eine Einrichtung der Afrikanischen Union, die Mitgliedsländern Versicherungen gegen Klimagefahren anbietet. Im Katastrophenfall steht ihnen dann sofort Geld zur Verfügung. Die ARC arbeitet auf der Basis eines langfristigen, zinsfreien Kredits, den Deutschland und Britannien zur Verfügung gestellt haben. Zu den Stärken dieses Konzepts zählt Hildebrandt, dass es die Eigenverantwortung der Partnerregierungen stärkt und eine stimmige Reaktion auf den Klimawandel darstellt.

Dem BMZ sei aber auch klar, dass Veränderungen auch im eigenen Land nötig seien, berichtet Hildebrandt. Deshalb arbeite es beispielsweise daran, das erste klimaneutrale Ministerium Deutschlands zu werden.

FINANZEN

Die SDGs und der Privatsektor

Die Agenda 2030 räumt dem Privatsektor eine signifikante Rolle für das Erreichen der Sustainable Development Goals (SDGs) ein. Viele Unternehmen haben ihre Unterstützung zugesagt. Eine aktuelle Studie im Auftrag verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen analysiert, wie sich Unternehmen an SDG-relevanten Themen beteiligen und wie wirtschaftliche Unternehmungen besser mit den Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen abgestimmt werden können.

Von Sabine Balk

Das unternehmerische Engagement im Bezug auf die SDGs wächst. Viele Unternehmen haben eine Nachhaltigkeitsstrategie oder eine Corporate Social Responsibility (CSR)-Abteilung. Dennoch ist deren Wirkung schwer zu erfassen, erklärt die Studie mit dem Titel „Highjacking the SDGs?“. Sie wurde von verschiedenen Organisationen wie Misereor, Brot für die Welt oder dem Forum für Umwelt und Entwicklung herausgegeben und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit finanziert.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure äußern ihre Bedenken wegen der großen finanziellen Macht der Unternehmen und ihrer Ziele. Privatunternehmen streben per Definition eine Gewinnmaximierung an, was zu Menschenrechtsverletzungen und exzessiver Ressourcenausbeutung führen kann. Die Autoren sorgen sich zudem darum, dass Regierungen Privatfirmen immer mehr staatliche Aufgaben überlassen, vor allem im sozialen Bereich.

Die Studie empfiehlt Politikern daher, dass sie:

- bindende nationale Pläne zur Implementierung der Agenda 2030 ausarbeiten,
- da, wo private Mittel involviert sind, Rechenschaftspflicht, Transparenz und Effektivität garantieren,
- nicht auf freiwillige Nachhaltigkeitsstrategien vertrauen, sondern bindende Regulierungen formulieren wie Sorgfaltspflicht entlang der Wertschöpfungsketten, und

- faire und effektive Steuergesetze erlassen.

Für Unternehmen empfiehlt die Studie, dass sie:

- die SDG-Agenda so unterstützen, dass die planetarischen Grenzen und Menschenrechte gewahrt werden,
- sorgfältig analysieren, was die SDG-Agenda für ihre Geschäftsstrategie bedeutet, und
- SDG-Aktionspläne mit klarem Zeitplan und Indikatoren umsetzen.

Zivilgesellschaftliche Organisatoren sollten laut den Autoren eine Watchdog-Funktion übernehmen und Regierungen und UN-Institutionen zur SDG-Implementierung drängen.

ANLEIHEN ALS LÖSUNG

Eine der wichtigen Fragen ist die, wie die SDGs finanziert werden sollen. Schätzungen zufolge könnte ihre Umsetzung in Entwicklungsländern 5 bis 7 Billionen Dollar kosten. Eine in der Studie diskutierte Option ist die von Anleihen, um Geld aus dem Kapitalmarkt zu erschließen.

Es gibt bereits verschiedene Arten von sogenannten grünen Anleihen, die dem Klima- oder Umweltschutz dienen. Im März 2017 gab die Weltbank SDG-Anleihen aus, um Geld für SDG-bezogene Projekte zu erschließen. Bislang haben europäische Investoren Anleihen im Wert von 163 Millionen Euro gekauft. Den Wertpapierhaltern wird eine Rendite versprochen, die an die Performance des Solactive SDGs World Index gebunden ist. In dem Index sind 50 Unternehmen gelistet, die die Weltbank ausgesucht hat, weil entweder „wenigstens ein Fünftel ihrer Aktivitäten nachhaltigen Produkten zugutekommt“, oder weil sie in Bezug auf Nachhaltigkeit im sozialen und Umweltbereich als führend in ihrer Branche gelten.

Die Anleihe soll Projekte im Bereich Gesundheit, Bildung, Trinkwasserinfrastruktur, erneuerbare Energien und verwandte Bereiche unterstützen. Schädigende Branchen wie Atomkraft, Waffen, Alkohol,

Pornografie und Palmöl sind explizit ausgeschlossen.

Die Studie bedauert, dass es noch keine Möglichkeit gibt, die Effektivität und Relevanz der SDG-Anleihen zu beurteilen, und sie bezweifeln auch, dass sie eine sehr wichtige Rolle spielen werden. Sie hätten aber gravierende Nachteile. Anleihen seien eine „spezielle Form der Verschuldung“ und die inhärent risikoreichen Finanzinstrumente können Gegenstand von Spekulationen werden.

Ein zweiter Teil der Studie untersucht die Rolle der Tabakindustrie, die die SDG-Rhetorik sehr früh aufgriff, obwohl ihre Produkte große Gesundheitsschäden verursachen. Die Autoren zeigen auf, wie die Branche diese Rhetorik nutzt, um Regulierungen zu umgehen. Sie argumentieren, dass die Zucker- und andere schädliche Branchen in ähnlicher Weise vorgehen, was beweise, dass unternehmerisches Engagement in Bezug auf die SDGs sehr limitiert



Die Textilfabrik Zaber & Zubair Fabrics in Bangladesch hat sich verpflichtet, die SDGs umzusetzen, und reinigt seine Abwässer in einem eigenen Klärwerk.

sei. Die Agenda 2030 müsse deshalb vor privatwirtschaftlichen Eingriffen geschützt werden.

LINK

Abshagen, M.-L., et al., 2018: Highjacking the SDGs? The private sector and the sustainable development goals.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Hijacking_the_SDGs.pdf

SDGS

Fragile Staaten brauchen besondere Beachtung

Um die Agenda 2030 zu erfüllen, muss sich die staatliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) stärker auf fragile Staaten und Regionen konzentrieren. Die Menschen dort sind in besonderem Maße auf Unterstützung angewiesen, wie ein aktueller Bericht der Organisation of Economic Co-operation and Development (OECD) bestätigt. Ziel der UN ist es, niemanden zurückzulassen.

Von Katja Dombrowski

In fragilen Staaten funktionieren grundlegende Bereiche in der Verantwortung der Regierung nicht oder schlecht, etwa Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Sozialsysteme. Diesen Ländern fällt es schwerer als anderen, die Sustainable Development Goals (SDGs) zu erreichen. Fragilität ist eine große Hürde für deren Umsetzung. Laut dem OECD-Bericht „States of fragility 2018“ muss die internationale Gemeinschaft mehr tun, um sowohl die Ursachen als auch die Folgen von Fragilität besser zu verstehen und darauf zu reagieren“. Einzelne fragile Staaten hätten aber schon gute Fortschritte hin zu nachhaltiger Entwicklung gemacht.

Dem Bericht zufolge spielt Fragilität bei den meisten Ursachen menschlichen Leids eine große Rolle, etwa bei Terrorismus, Vertreibung und Hunger. Außerdem nimmt Fragilität zu. Derzeit leben 1,8 Milliarden Menschen in den 58 fragilen Kontexten, die die OECD identifiziert hat. 15 Länder sind extrem fragil, und in neun Ländern wurde 2016 ein bewaffneter Konflikt ausgetragen. Mit ihrem multidimensionalen Ansatz setzt die OECD Bewältigungskapazitäten in Bezug zu Risiken in fünf Bereichen (s. Abbildung). Wenn sich nichts ändert, werden 2030, im Zieljahr für die SDGs, den Prognosen zufolge 2,3 Milliarden Menschen oder 80 Prozent der Ärmsten in fragilen Staaten leben. 2050 könnten es schon 3,3 Milliarden sein.

Die Ungleichheit der Geschlechter ist in fragilen Staaten besonders groß und gute

Bildung selten. Die meisten Flüchtlinge kommen aus unsicheren Gegenden – während diese zugleich besonders viele Vertriebene beherbergen. Die Autoren betonen, dass Entwicklungshilfe für fragile Staaten extrem wichtig sei. Sie erhielten 2016 65 Prozent aller ODA-Gelder. Ein großer Teil davon fließt jedoch in humanitäre Maßnahmen und richtet nichts gegen die Ursachen von Fragilität aus (s. Schwerpunkt Nothilfe in E+Z/D+C e-Paper 2018/06). Andere Finanzierungsquellen wie Geldsendungen von Auswanderern, ausländische Direktin-

vestitionen oder nationale Ressourcen seien in fragilen Staaten wenig verfügbar.

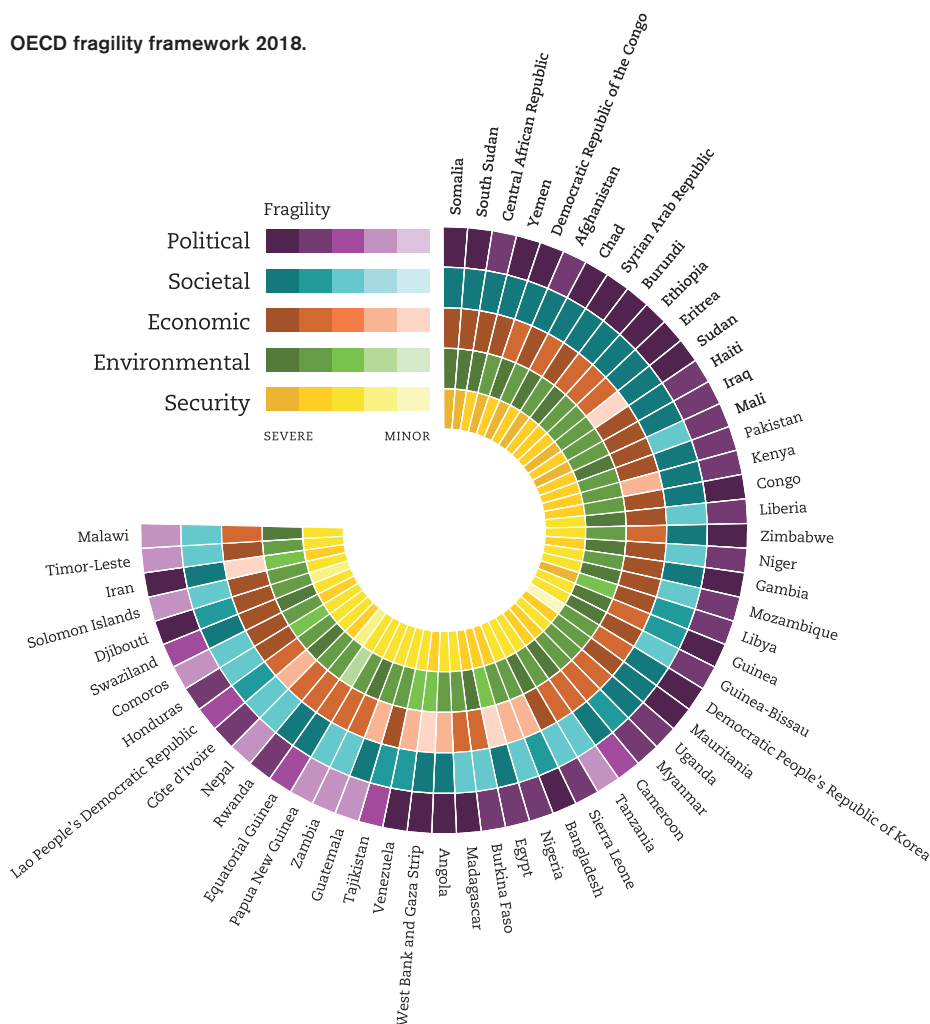
Der Bericht kritisiert, dass ODA sich nur auf eine Handvoll Orte konzentrierte und nicht richtig auf die Bedürfnisse fragiler Staaten abgestimmt sei. Die Autoren fordern mehr Mittel für Konfliktprävention und friedensfördernde Maßnahmen. 2016 wurden nur zwei Prozent der gesamten ODA in fragilen Kontexten für Konfliktprävention ausgegeben und nur zehn Prozent für Friedensförderung. Der Bericht betont auch die Notwendigkeit, den in Fragilität lebenden Menschen Hoffnung zu vermitteln. Es könne nicht allein darum gehen, die Betroffenen am Leben zu erhalten, sondern um die Förderung von Gerechtigkeit, Gleichheit, Nachhaltigkeit und der Lebensqualität im Allgemeinen.

LINK

OECD: States of fragility 2018.

<https://doi.org/10.1787/9789264302075-en>

OECD fragility framework 2018.



RAUSCHMITTEL

Paradigmenwechsel

Die Weltkommission für Drogenpolitik fordert statt Kriminalisierung stimmige Regulierung. Das ist aus ihrer Sicht der richtige Weg, um Menschen vor Gefahren zu schützen.

Von Eleonore von Bothmer

Mehr als 250 Millionen Menschen weltweit konsumieren illegale Rauschmittel. Daran hat aus Sicht der Globalen Kommission die vorherrschende prohibitionistische Politik, die auf Strafe und Verbot setzt, nichts geändert, im Gegenteil, sie bereite der organisierten Kriminalität den Boden. Das Scheitern des „Krieges gegen die Drogen“ zeige: Wenn die Nachfrage nicht auf legalem Weg befriedigt werden könne, dann geschehe dies eben illegal. So steht es in dem aktuellen Jahresbericht des Gremiums, das auf English Global Commission on Drug Policy (GCDP) heißt. Vorsitzende ist die ehemalige Schweizer Bundespräsidentin Ruth Dreier-Fuss, ihr Vorgänger war der ehemalige brasilianische Präsident Fernando Henrique Cardoso.

Aus Sicht der GCDP ist das seit mehr als 60 Jahren bestehende restriktive internationale Drogenkontrollsystem „dysfunktional“. Träume von einer „drogenfreien Welt“ seien kontraproduktiv, weil sie völlig an der Realität vorbeigingen. Tatsächlich stärkten Verbote nämlich nur die organisierte Kriminalität (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/10, S. 8). Nötig sei ein verantwortlicher und menschenwürdiger Ansatz – und den bietet aus Sicht der unabhängigen Kommission, die 2011 von einflussreichen Personen aus Politik, Wirtschaft und Kultur gegründet wurde, nur die Regulierung.

Die entscheidende Frage ist: Wer soll Stoffe kontrollieren, die ernsthafte Gesundheitsrisiken bergen – der Staat oder das organisierte Verbrechen? Regulierung von Drogen bedeutet für die GCDP nicht Freigabe, sondern geregelten Umgang. Dafür zu sorgen sei Aufgabe der Politik. Bei Lebensmitteln, Pharmazeutika, Fahrzeugen und vielen anderen Konsumgütern sei das selbstverständlich. In vier Abschnitten thematisiert der Bericht:

- wie Drogen durch Regulierung kontrollierbar gemacht werden können,
- welche Herausforderungen damit einhergehen – und zwar besonders in Entwicklungsländern, wo die illegale Drogenwirtschaft die Existenzgrundlage vieler Menschen bildet,
- wie die organisierte Kriminalität „entmachtet“ werden kann und
- was internationale Kooperation bewirken sollte.

fungskriminalität und gesundheitliche Nebenwirkungen der Sucht deutlich reduziert hat.

- Lizenzierte Fachgeschäfte oder -apotheken könnten leichtere Rauschmittel verkaufen, wobei auch Absatzmengen pro Kunde limitiert werden könnten. Ähnlich handhabt Uruguay den legalisierten Cannabishandel.
- Preiskontrollen, Gesundheits- und Sicherheitsinformationen, Verbot des Verkaufs an Jugendliche und derlei mehr seien sinnvoll.

Den Weg dorthin müsse man Schritt für Schritt gehen und dabei immer wieder prüfen, ob die Entwicklung in die richtige Richtung gehe. Um diesen Weg zu gehen, ist die öffentliche Auseinandersetzung mit



Regal in einem Geschäft für regulierte Cannabisprodukte in Montevideo.

Unter anderem empfiehlt die Kommission, UN-Generalsekretär António Guterres solle die Führungsrolle bei den Reformbemühungen übernehmen. Als konkrete Beispiele für Regulierungsinstrumente nennt der Bericht:

- Die gefährlichsten Rauschmittel könnten wie Medikamente für Abhängige von Ärzten verschrieben werden. Die Schweiz hat beispielsweise gute Erfahrungen mit der Verschreibung von Heroin gemacht, was unter anderem die Beschaf-

dem Thema wichtig – und das ist ein wichtiges Anliegen des GCDP-Berichtes: durch Information eine Debatte in Gang zu setzen, in der auch diejenigen gehört werden, die direkt betroffen sind.

LINK

Global Commission on Drug Policy, 2018: Regulation – the responsible control of drugs.
<http://www.globalcommissionondrugs.org/reports/regulation-the-responsible-control-of-drugs/>

BLENDED FINANCE

Innovative Finanzierungsmodelle

Fast 2 Billionen US-Dollar fehlen, um die Wasser- und Sanitärziele der Agenda 2030 zu erreichen. Eine Möglichkeit, um neue Finanzquellen zu erschließen, sind sogenannte Mischfinanzierungen (blended finance). Dabei werden mit Geldern der öffentlichen Entwicklungshilfe Mittel des Privatsektors mobilisiert. Bislang wird diese Möglichkeit für Investitionen im Wasserbereich jedoch kaum genutzt.

Von Regina Rossmann und Linda Engel

Länder der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) geben immer weniger öffentliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) für Wasser- und Sanitärversorgung aus, obwohl noch 2,1 Milliarden Menschen keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser haben und über 4 Milliarden Menschen keine Toilette zur Verfügung steht.

Die Akteure im Wasserbereich suchen daher nach innovativen und neuen Wegen, um die dringend benötigten Gelder für den Sektor zu akquirieren. Eine derzeit viel diskutierte Möglichkeit sind Mischfinanzierungen, sogenanntes blended finance. Diese schaffen ein attraktiveres Verhältnis von Risiko und Rendite für private Investitionen. Laut einer OECD-Studie wurden in den vergangenen Jahren allerdings weniger

als zwei Prozent von Mischfinanzierungen in Wasser- und Sanitärversorgung gemacht.

Es gibt aber positive Beispiele wie den philippinischen Wasserfonds. Lokale Finanzinstitutionen zahlen Gelder in den Fonds ein, aus dem sich philippinische Wasserversorger Mittel für den Ausbau des eigenen Netzwerkes oder andere wichtige Investitionen leihen können. Die philippinischen Finanzinstitutionen bekommen über die philippinische Entwicklungsbank (DBP) Garantien von lokalen staatlichen Institutionen sowie von der amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation USAID. Die japanische Entwicklungshilfeorganisation JICA unterstützte den Fonds mit einem konzessionären Kredit an die DBP. Diese Konstellation mindert das Risiko für die lokalen Finanzinstitute und mobilisiert zusätzliche Gelder.

Chris Clubb vom Netzwerk Convergence Finance machte auf einer von der GIZ und der OECD organisierten Konferenz Anfang Oktober in Frankfurt jedoch deutlich, dass auch in Zukunft traditionelle ODA von Gebern den Löwenanteil für die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele im Wassersektor ausmachen wird.

Neben der passenden Finanzierung bedarf es funktionierender Strukturen, um die Gelder für den Ausbau der Wasser- und Sanitärversorgung effizient zu verwenden.

Diese sind im Wassersektor nicht immer gegeben, wie Susanne Dorasil vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hervorhob. In vielen Entwicklungsländern wirtschafteten Wasserversorger nicht kostendeckend und seien damit unattraktiv für Investoren. William Muhairwe, ehemaliger Direktor von Ugandas nationalem Wasserversorger, hob hervor, wie wichtig ein gutes Management im Bereich Wasserversorgung sei. Dieses spiele eine entscheidende Rolle für den Erfolg, bestätigt auch eine GIZ-Studie. Denn ohne vertrauenswürdige Wasserversorger, die die Mittel wirksam umsetzen, sind die besten Mischfinanzierungen nutzlos.

Auf der Konferenz im Oktober wurden erste Politik-Empfehlungen formuliert, die helfen sollen, das Potential von Mischfinanzierungen im Wasserbereich in Zukunft besser auszuschöpfen:

- Geber sollten auf die Entwicklung der lokalen Kapitalmärkte hinwirken, um die Abhängigkeit des Wassersektors von Zuschüssen in Fremdwährung zu verringern.
- Ein Fokus von ODA sollte darauf liegen, günstige Bedingungen für Investitionen zu schaffen, indem beispielsweise Institutionen und politische Rahmenbedingungen gestärkt werden.
- Entwicklungsprogramme sollten Kapazitätenentwicklung enger mit Investitionen verknüpfen, da ohne die nötigen Rahmenbedingungen der Infrastrukturausbau nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Wasserversorgung führt.
- Geber sollten das Instrument der Garantievergabe stärker nutzen, um private Investitionen für entwicklungspolitische Zwecke zu hebeln.
- Geber, NGOs und Privatsektoreinrichtungen sollten Good practices aufarbeiten und in Austauschforen ihre Erfahrungen weiter teilen.
- Geber und Finanzinstitutionen sollten die Mittelvergabe transparenter gestalten und die Nachhaltigkeit der Investitionen besser nachverfolgen.

Das Thema Finanzierung im Wasserbereich steht weiter auf der Agenda der OECD und des BMZ.

LINK

Website der Konferenz:

<http://www.oecd.org/water/conferenceclosingthefinancinggapforwaterinlinewithsdgambitionstheroleofblendedfinance.htm>



Vielerorts fehlt das Geld für die Finanzierung der Wasserinfrastruktur: Mädchen holt Trinkwasser in Äthiopien.

Von den Schwiegereltern getötet

Vor ein paar Jahren wurde ein junger Mann in Südindien auf einer belebten Straße brutal zu Tode zerhackt. Seine Mörder waren eine Bande von Männern – unter anderem sein eigener Schwiegervater. Laut Polizei wurde das Opfer getötet, weil er eine Frau aus einer höheren Hindu-Kaste geheiratet hatte. Seine junge Witwe, die ebenfalls bei der Attacke schwer verletzt wurde, ist nun eine bekannte Aktivistin gegen Ehrenmorde und Indiens Kastensystem.

In Indien kann es tödlich sein, sich in die falsche Person zu verlieben. Der 22-jährige V. Shankar, ein junger Dalit-Mann, bezahlte diese Lektion mit seinem Leben. Kausalya und Shankar, studierten beide Ingenieurwissenschaften. Im Juli 2015 heirateten sie gegen den Willen von Kausalyas Eltern. Direkt nach der Hochzeit erstatteten sie Anzeige bei der Polizei, weil sie um ihr Leben fürchteten. Acht Monate später wurde Shankar ermordet.

Das Leben unzähliger junger Männer und Frauen in Indien ist zerstört, weil sie es wagten, jemanden außerhalb der eigenen Kaste oder Gemeinschaft zu lieben. Das Kastensystem ist weltweit eines der ältesten Formen sozialer Stratifikation. Es teilt die Menschen, die zur Hindu-Religion gehören, in vier große Katego-

rien ein, die dann noch weiter unterteilt sind in circa 3 000 Kasten und 25 000 Unterkasten; jede von ihnen basiert auf einem bestimmten Beruf. Die Dalits oder sogenannten „Unberührbaren“ stehen auf der untersten Stufe des Systems. Nach Indiens Unabhängigkeit wurde mit der neuen Verfassung von 1949 das Kastensystem offiziell abgeschafft, aber es bestimmt weiterhin das soziale Leben.

Bis heute werden Dalits diskriminiert. Angesichts der Gewichtung, die die indische Gesellschaft auf das Heiraten legt, waren Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Kasten schon immer schwierig. Wenn jedoch einer der Brautleute ein Dalit ist, können die Konsequenzen gewalttätig sein bis hin zum „Ehrenmord“. Dieser Akt bezeichnet den Mord eines Menschen durch ein Familienmitglied, motiviert durch die Annahme, dass das Opfer „Schande“ über die Familie gebracht hat.

In einem Urteil 2006 bezeichnete der Oberste Gerichtshof Ehrenmorde als „barbarisch“ und „absolut illegal“. Nichtsdestotrotz nehmen sie zu. Laut dem nationalen Kriminal-Statistikbüro gab es 251 solcher Morde im Jahr 2015 – fast zehnmal so viel wie die 28 Morde, die 2014 verzeichnet wurden. Die Zahlen für 2016 sind noch nicht bekannt.

Indische Feministinnen wie Brinda Karat und Kavita Krishnan fordern bessere Gesetze. In ihren Augen sollten per Gesetzgebung „selbstgewählte Partnerschaften“ geschützt und die „Kontrolle über die weibliche Sexualität“ bekämpft werden.

Überlebende wie Kausalya führen diesen Kampf an. Sie erlitt schwere Kopfverletzungen, verlor ihren Mann und leidet immer wieder unter Depressionen. Aber sie stand aufrecht im Gerichtssaal und beschuldigte ihre Familie des Verbrechens. Sechs der elf Angeklagten – darunter ihr Vater – wurden zum Tode verurteilt. Ihr Fall ist in Indien sehr bekannt. Sie ist inzwischen eine Ikone in der Kampagne gegen das repressive Kastensystem.

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
59. Jg. 2018

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,

Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,

Dagmar Wolf (Assistenz)

Tel. (0 69) 75 01-43 66

Fax (0 69) 75 01-48 55

euz.editor@fazit-communication.de

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).

Artdirector: Sebastian Schöpsdau

Layout: Jan Walter Hofmann

Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



ROLI MAHAJAN

ist Journalistin und

Fotografin. Sie lebt in Delhi,

Indien.

roli.mahajan@gmail.com

ERDERWÄRMUNG

Technologische Revolution und kluge Politik

Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, muss die internationale Gemeinschaft schnell handeln, urteilt ein Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC). Der renommierte Klimaforscher Mojib Latif erklärt, was aus seiner Sicht am dringlichsten angegangen werden muss.

Von Mojib Latif

Seit Beginn der Industrialisierung etwa um 1850 hat sich die Erde bereits um ein Grad erwärmt, erklären die Autoren des IPCC-Berichts. Sie halten das 1,5-Grad-Ziel aus naturwissenschaftlicher Sicht für machbar, allerdings erfordert dies weitreichende Veränderungen in Industrie, Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung und Landnutzung. Der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen, insbesondere CO₂, müsste in den nächsten Jahren rapide sinken. Leider sieht der Trend derzeit anders aus. Seit Beginn der 1990er Jahre ist der CO₂-Ausstoß förmlich explodiert und um 60 Prozent gestiegen.

Ich glaube, dass das 1,5-Grad Ziel nicht mehr zu erreichen ist, Politik und Wirtschaft agieren zu träge. Aber wenigstens das 2-Grad-Ziel wäre machbar. Dazu müsste die Wirtschaft bis etwa 2050 kohlenstoffneutral werden und anschließend zu negativen Emissionen übergehen – also netto CO₂ aus der Atmosphäre entfernen. Dazu bräuchte

es aber eine technologische Revolution. Das kann schnell gehen, aber die Politik müsste die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen. Im Moment sieht es allerdings nicht danach aus, dass dies passieren würde.

Leider klappt Anspruch und Wirklichkeit in der internationalen Klimaschutzpolitik häufig auseinander. Ein Strukturwandel wie dieser erfordert langfristiges Denken und politischen Willen. Staaten müssen sich an ihre Klimaschutzziele halten. Europa und auch Deutschland haben ihre Vorreiterrolle im Klimaschutz abgegeben. Deutschland wird sein selbstgestecktes Ziel verfehlen, die Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent zu senken. Länder wie Polen halten an einer langfristigen Energieversorgung mit Kohle fest.

In Deutschland, das zu den zehn größten CO₂-Emittenten gehört, ist neben dem Energie- auch der Verkehrssektor ein Problem. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die Treibhausgasemissionen immer noch wachsen. Hier wurden falsche Anreize hin zu größeren Autos gesetzt und zu wenig in den öffentlichen Nahverkehr und attraktive Bahnangebote in der Fläche investiert. Im Vergleich dazu hat Norwegen in Oslo beispielsweise vor vielen Jahren eine City-Maut eingeführt und fördert jetzt massiv die Elektromobilität. Nur Elektroautos dürfen kostenlos in die Stadt hineinfahren. Damit werden nicht nur Treibhausgase ver-

ringert, sondern auch die Luftqualität in der Stadt verbessert – eine Win-win-Situation.

Ein weiteres Beispiel für eine sinnvolle politische Maßnahme ist die Bepreisung von CO₂. In den vergangenen zwölf Monaten ist der CO₂-Preis im europäischen Emissionshandel von sieben auf 20 Euro gestiegen. Ein weiterer Preisanstieg könnte die richtigen Anreize zur Senkung von Emissionen setzen. Neben der Reduktion von Treibhausgasemissionen wird es auch nötig sein, CO₂ aus der Atmosphäre wieder zu entfernen. Dieses könnte man beispielsweise zur Erzeugung von erneuerbarem Erdgas oder synthetischer Kraftstoffe nutzen.

Zudem wird derzeit an verschiedenen Methoden zum Geo-Engineering geforscht. Durch technische Eingriffe soll damit die Erderwärmung gedämpft werden. Beispiele dafür sind das Einbringen von Schwefeldioxid in die Erdatmosphäre oder die Düngung der Meere mit Eisen oder Phosphor. Die Risiken derartiger Methoden sind unkalkulierbar wie auch die benötigten finanziellen Mittel. Keine dieser Techniken wird jedoch in den nächsten Jahrzehnten in großem Maßstab einsatzbereit sein. Die Reduktion von Treibhausgasen hat daher weiterhin Priorität.

Ohne entschlossenes politisches Handeln wird sich die Ungleichheit zwischen Ländern durch den Klimawandel verschärfen. Einige der Länder, die von Umweltveränderungen am stärksten betroffen sind, können sich Anpassungsmaßnahmen nicht leisten. Eine zunehmende Erwärmung würde dort schlimmere Folgen haben als in Ländern, deren Emissionen maßgeblich zur Erwärmung beitragen.

Auch wenn China derzeit fast 30 Prozent des weltweiten CO₂ emittiert, gibt es eine historische Verantwortung in Europa und den USA. Letztere sind gemessen am kumulativen Treibhausgasausstoß, der viele Jahrzehnte berücksichtigt, für die Hälfte des Anstiegs der Treibhausgase verantwortlich. Wichtig wäre es, dass einige Länder mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass kluges Wirtschaften nicht zu Lasten der Umwelt gehen muss.



MOJIB LATIF
ist Klimaforscher am
Helmholtz-Zentrum für
Ozeanforschung Kiel und
Präsident des Club of Rome

Deutschland.

mLATIF@geomar.de



Aufladen eines Elektroautos: Um die Klimaziele zu erreichen, braucht es eine weltweite Verkehrswende.

FRIEDENSNOBELPREIS

Preis gegen die Scham

Den Friedensnobelpreis erhalten in diesem Jahr Nadia Murad und Denis Mukwege für ihren Einsatz gegen sexualisierte Kriegsgewalt. Hoffentlich wird das den Blick auf die Opfer verändern. Scham hilft nicht – nötig sind Anerkennung des Leids und Unterstützung.

Von Mahwish Gul

Die Zerstörung Bagdads gilt als eines der schlimmsten Ereignisse in der Geschichte des Islams. Die Schätzungen darüber, wie viele Menschen das mongolische Heer von Hulagu Khan bei der Eroberung der Stadt im Februar 1258 tötete, schwanken zwischen 200 000 und einer Million. Der Verwesungsgeruch zwang Hulagu dann, sein Lager in den Windschatten zu verlegen. Minarette wurden aus abgeschlagenen Köpfen errichtet. Hulagos Männer warfen sich Bagdads Frauen als Trophäen zu und vergewaltigten sie. Als Sexsklavinnen wurden die, deren Leben verschont blieb, zu Souvenirs der Sieger. Vergewaltigung diente als Waffe, um die Unterlegenen einzuschüchtern.

Kriegsgewalt gegen Frauen ist keine Sache des 13. Jahrhunderts. Auch heute müssen Frauen mit ansehen, wie Angehörige vor ihren Augen getötet werden. Sie

selbst werden versklavt und vergewaltigt. Im heutigen Irak geschah das beim Genozid an den Jesiden. Am 15. August 2014 überfiel der sunnitisch-extremistische ISIS Jesiden im Bezirk Sindschar. Die Terroristen töteten 2000 bis 5500 Angehörige dieser Minderheit und verschleppten fast 6000. Die Schreie der betroffenen Frauen gleichen denen der Frauen vor acht Jahrhunderten in Bagdad.

Nadia Murad lebte in einem Dorf unweit der Stadt Sindschar und träumte davon, Lehrerin zu werden. Doch ISIS-Terroristen töteten ihre Mutter und sechs Brüder. Die 21-Jährige wurde entführt und in Gefangenschaft Tag und Nacht von Männern, die sich abwechselten, gequält und vergewaltigt – wie tausende andere Jesidinnen.

Nadia Murad konnte fliehen und lebt heute in Deutschland. Anders als die meisten Opfer berichtete sie über das, was ihr angetan wurde, und sparte dabei auch brutale Details nicht aus. Sie kam zu der Überzeugung, dass Scham die strategisch eingesetzte Brutalität gegen Frauen nicht beenden wird. Sie wurde zur Aktivistin gegen sexualisierte Kriegsverbrechen weltweit und hat vor dem UN-Sicherheitsrat, dem britischen Unterhaus und dem US-Repräsentantenhaus gesprochen.

Für ihren Einsatz gegen sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten wurde Nadia Murad und dem kongolesischen Arzt Denis Mukwege nun der Friedensnobelpreis zuerkannt. Der Gynäkologe gründete 1991 das Panzi-Hospital in Südkivu, einer Provinz der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Sein Spezialgebiet ist die Behandlung der Überlebenden von Gewaltverbrechen. 85 000 Patienten hat sein Hospital bislang laut Medienberichten medizinisch versorgt, von denen 60 Prozent Opfer sexualisierter Gewalt geworden waren. Missbraucht von bewaffneten Rebellen, hatten die Patientinnen vielfältige gynäkologische Verletzungen.

Die Entscheidung des norwegischen Nobelpreiskomitees hat die Aufmerksamkeit der Welt auf solch schreckliche Kriegsverbrechen gelenkt. Der Scheinwerfer ist auf die Konflikte in zwei unterschiedlichen Kontinenten gerichtet, aber das gemeinsame Thema ist der verheerende Preis, den Frauen in Gewaltkonflikten zahlen müssen.

Dem UN-Sicherheitsrat sagte Nadia Murad, offen zu reden sei „eine der härtesten Entscheidungen“ ihres Lebens gewesen – und zugleich „die wichtigste“. Der Nobelpreis würdigt die Courage, mit der sie über Not, Schmerz und Leid spricht, um die Weltgemeinschaft auf deren Nichtstun aufmerksam zu machen. Der Nobelpreis für Nadia Murad ist ein Appell an die Weltgemeinschaft, keinen Stein auf dem anderen zu lassen, bis das Martyrium von Frauen in Gewaltkonflikten beendet ist. Die Auszeichnung kann Wandel einleiten, denn sie zeigt den Opfern, dass es richtig ist, über Traumata zu sprechen. Der Nobelpreis ist ein Preis gegen die Scham, und er soll Frauen weltweit ermutigen, gegen Täter auszusagen und sie vor Gericht zu bringen. Zugleich ist er Kritik an einer Weltgemeinschaft, die Täter allzu oft straffrei davonkommen lässt.



Nadia Murad bei einer Pressekonferenz in Washington im Oktober 2018.



MAHWISH GUL
kommt aus Islamabad und studiert Entwicklungsmanagement an der Ruhr-Universität Bochum und an der University of Western Cape in Kapstadt. Der gemeinsame Studiengang der beiden Hochschulen gehört zur Arbeitsgemeinschaft entwicklungsbezogener Postgraduierten-Programme (AGEP).
mahwish.gul@gmail.com

DEMOKRATIE

Verlorenes Vertrauen

Am 23. Dezember finden in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen statt. Das hätte vor zwei Jahren schon geschehen sollen, wurde aber zweimal verschoben. Der amtierende Präsident Joseph Kabila darf nicht erneut kandidieren, und mittlerweile akzeptiert er das auch. Leider gewährleistet das noch keine friedlichen, transparenten und rechtmäßigen Wahlen.

Von Jonathan Bashi

Im Dezember 2016 sollte in der Demokratischen Republik Kongo gewählt werden. Damals endete Joseph Kabilas zweite Amtszeit. Obwohl die Verfassung eine erneute Kandidatur ausschloss, agierte er so, als wolle er wieder antreten. Das löste Proteste mit etlichen Todesopfern aus. Am 31. Dezember 2016 einigten sich Präsidentenlager und Opposition auf eine Übergangsphase, um freie und faire Wahlen vorzubereiten.

Das unter der Schutzherrschaft der katholischen Kirche unterzeichnete „Silverster-Abkommen“ sah für diese Zeit eine gemeinsame Führung des Landes vor. Kabila blieb Präsident, das Oppositionslager bestimmte den Premierminister, und ein Nationaler Übergangsrat wurde geschaffen.

Gewählt werden sollte im Dezember 2017. Doch aus logistischen Gründen wurde der Termin erneut verschoben. Im November 2017 erklärte die unabhängige Wahlkommission, sie brauche mehr Zeit für Dinge wie das Erstellen des Wählerverzeichnis und die Beschaffung von Wahlmaschinen.

Kandidaturen konnten bis zum 8. August 2018 angemeldet werden. An diesem Tag gab Kabila bekannt, Emmanuel Ramazani Shadar werde Präsidentschaftskandidat seines Lagers. Kabila beendete so Spekulationen über eine dritte Amtszeit. Sie hatten seit Dezember 2016 für Unruhen gesorgt und viele Menschen das Leben gekostet.

Die endgültige Kandidatenliste wurde am 19. September veröffentlicht. Sie umfasst 21 Bewerber. Vier weitere wurden abgelehnt. Dass zwei der populärsten Poli-

tiker nicht antreten dürfen, ist ein ernstes Problem. Die Bewerbung des früheren Warlords Jean-Pierre Bemba, der nach Ende des Bürgerkriegs von 2003 bis 2006 Vizepräsident einer Übergangsregierung unter Kabila gewesen war, lehnte das Verfassungsgericht mit der Begründung ab, der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) habe ihn wegen der Bestechung von Zeugen verurteilt. Allerdings sprach der IStGH Bemba im Juni in einem Verfahren wegen Kriegsverbrechen frei. Bemba ist in der DR Kongo beliebt.

Auch Moïse Katumbi, der frühere Gouverneur der Provinz Katanga, kann nicht antreten. Er war ebenfalls früher mit Kabila verbündet, lebt aber seit 2016 im Exil. Er sagt, ihm sei im August an der sambischen Grenze die Einreise in die DR Kongo verweigert worden, als er sich als Kandidat registrieren lassen wollte.

Beide Männer galten als mögliche Wahlsieger. Dass ihre Namen nicht auf dem Stimmzettel stehen, mindert in den Augen vieler oppositioneller Gruppen die Legitimität der Wahl. Sie werfen der Regierungspartei, die Geheimdienst und Verfassungsgericht kontrolliert, vor, den Wahlverlauf zu manipulieren und mit staatlichen Institutionen Oppositionspolitiker einzuschüchtern oder auszugrenzen.

Auch dass die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen gleichzeitig stattfinden, gibt Anlass zur Sorge. Die logistischen und finanziellen Herausforderungen sind riesig. Internationale Unterstützung könnte Verzögerungen oder gar eine erneute Verschiebung verhindern, aber die Regierung lehnt das im Namen der Souveränität ab. Sie hat sogar Unterstützung von MONUSCO, der UN-Mission zur Stabilisierung des Landes, ausgeschlagen. Für den wahren Grund halten Oppositionelle, dass die Regierung die Wahlen manipulieren will.

Für Kontroversen sorgen auch die Wahlmaschinen, die die Wahlkommission einsetzen möchte. Laut Opposition ermöglichen sie Betrug in großem Stil. Die Opposition ist jedoch zersplittert und hat sich nicht hinter einem einzigen Kandidaten gesammelt.

Aus all diesen Gründen bleibt die Lage im Land angespannt, obwohl Kabila nicht wieder antritt. Die Menschen hoffen auf faire, freie Wahlen. Viele wollen einen Regierungswechsel. Doch die wenigsten trauen den öffentlichen Institutionen. Dass Gewalt schnell eskalieren kann, hat die Vergangenheit gezeigt. Der verheerende Bürgerkrieg im Osten des Landes wurde nie wirklich beendet – und der aktuelle Ebola-Ausbruch dort vergrößert die Probleme nur.



JONATHAN BASHI
ist Rechtsprofessor und
Entwicklungs-Consultant in
Kinshasa.

euz.editor@fazit-communication.de



Sicherheitskräfte gehen Ende 2017 gegen Protestierende in Kinshasa vor.



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



◀ www.facebook.com/development.and.cooperation

The screenshot shows the Facebook profile of 'D+C Development and Cooperation'. The page header includes the Facebook logo, the name 'D+C Development and Cooperation', and navigation links like 'Home' and 'Find Friends'. The cover photo features a building with a sign that reads 'EL PARAISO'. The profile picture is the 'D+C' logo. The left sidebar contains navigation links: 'Startseite', 'Beiträge', 'Fotos', 'Info', 'Community', and 'Seiteninfos & Werbung', along with a 'Seite erstellen' button. The main content area displays a post from 'D+C Development and Cooperation' with the text: 'In "Why nations fail", economist Daron Acemoglu and political scientist James A. Robinson analyse the interaction of economics and politics to understand the reasons of a nation's success.' Below the text is a photo of a group of people in a classroom setting. The right sidebar shows search results for 'Zeitschrift in Frankfurt am Main', 'Community' statistics (214,532 likes, 214,475 subscribers), 'Info' (contact details, website, and page type), 'Personen' (214,532 likes), and 'Ähnliche Seiten' (China Plus News).



HONDURAS

Protestierende Jugend

Rund 60 Prozent der honduranischen Bevölkerung ist unter 30 Jahre alt. Junge Menschen sind von Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt und Perspektivlosigkeit betroffen. Sie kämpfen für eine bessere Zukunft.

Von Rita Trautmann

Bildung verbunden mit der Hoffnung auf gute Arbeitsplätze hat einen sehr hohen Stellenwert in Honduras. Berufe im Staatsdienst, wie Lehrkraft oder in der Pflege, waren und sind sehr beliebt. Doch die Hoffnung auf eine sichere Anstellung erfüllte sich in den vergangenen Jahren immer weniger. Fast 40 Prozent der Bevölkerung sind von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen. Hinzu kommt, dass viele im informellen Sektor und in der Landwirtschaft mit prekären Arbeitsbedingungen tätig sind (siehe auch Beitrag von K. Horta, S. 32).

Absolventen von Universitäten finden keine ihrer Qualifikation entsprechende Anstellung. Junge Leute können es sich nicht leisten, eine Familie zu gründen und aus dem Elternhaus wegzuziehen. Sie müssen unqualifizierte Arbeiten teilweise in den Maquila-Fabriken in den Sonderwirtschaftszonen verrichten. Oder sie versuchen ihr Glück im Ausland.

In die USA auszuwandern heißt jedoch, sich auf eine der gefährlichsten Migrationsrouten weltweit zu begeben – mit

wenig Chancen auf Erfolg. Die US-Politik schränkt Migration immer mehr ein. So wurde das seit 1999 existierende Abkommen zum Temporary Protected Status für Honduras im Mai von US-Präsident Donald Trump aufgekündigt, was für zehntausende Honduraner bedeutet, dass sie bis 2020 die USA verlassen müssen.

Dennoch machten sich Tausende Menschen Mitte Oktober auf den Weg und fordern damit sowohl die honduranische Regierung als auch die US-Regierung heraus. Trump droht mit Kürzungen der Entwicklungshilfe und Präsident Juan Orlando Hernández beschuldigt die Opposition, die Migrationskarawane organisiert zu haben. Beides bringt keine Lösung für die Menschen, die in Honduras keine Hoffnung mehr sehen.

Viele junge Menschen möchten in ihrem Land etwas ändern, erklärt Némesis, eine 18-jährige Studentin: „Wir sind eine unzufriedene Generation. Aus diesem Grund sind wir nach den Wahlen auf die Straße gegangen.“ Ein Slogan, der bei vielen Demonstrationen präsent war, hieß „JOH, du hast dich mit der falschen Generation angelegt!“ „JOH“ sind die Initialen des Präsidenten, der das Land immer tiefer in eine Krise aus Armut, Gewalt, Korruption und Menschenrechtsverletzungen führt (siehe dazu meinen Beitrag im E+Z/D+C e-Paper 2017/04, S. 15).

Der Militärputsch von 2009 und die folgenden Jahre mit hoher Gewaltrate, extremer Korruption und Menschenrechtsverletzungen haben die Generationen der heute Anfang 30-Jährigen politisiert. In den vergangenen fünf Jahren gab es an Schulen und Universitäten häufig Proteste für mehr Sicherheit oder gegen Privatisierung und Korruption. Die Regierung kriminalisierte die Protestierenden, bedrohte sie und ließ sogar einige ermorden. Junge Leute blockierten nach den Wahlen im November 2017 auch die Straßen, um faire Wahlen und die Wahrung der Demokratie einzufordern.

In den Gebieten nördlich der zweitgrößten Stadt in Honduras, San Pedro Sula, in denen die Maquila-Fabriken Hauptarbeitgeber sind, waren die Proteste besonders stark. „Wenn ich in einem Gebiet mit einer extrem hohen Mordrate lebe, habe ich jeden Tag Angst, dass mir was passiert; das minimierte meine Angst, mich bei Protesten der staatlichen Gewalt zu stellen,“ erklärt Marel aus San Pedro Sula.

Soziale Medien und Netzwerke tragen zu einer Informationsvielfalt bei, die es früher nicht gab. Und sie ermöglichen eine schnelle Kommunikation, was spontane Proteste ermöglicht. „Auch wenn es manchmal schwer ist, unter den vielen Nachrichten zu filtern und den Wahrheitsgehalt zu prüfen, so ist für uns Jugendliche das Internet zu einer extrem wichtigen Nachrichtenquelle geworden“, sagt Némesis. Die großen Medien, die in der Hand weniger Oligarchen sind, haben ihr Monopol verloren.

Antonio beispielsweise informiert über soziale Medien die Menschen in seinem Umkreis über Korruption und Ungerechtigkeiten. Dafür wurde er eingeschüchtert. Er sagt: „Die Bedrohungen durch die Militärpolizei machen mir Angst. Aber ich will deshalb nicht aufgeben, sondern ich werde vorsichtiger sein.“ Die Jugend fühlt sich um ihre Zukunft betrogen und nimmt das nicht länger hin.



Studentenprotest in Honduras gegen die Erhöhung der Fahrpreise öffentlicher Verkehrsmittel im Juli 2018.



RITA TRAUTMANN
ist Ethnologin. Sie war als Fachkraft für den Deutschen Entwicklungsdienst in Honduras tätig und ist seit

2011 in der Menschenrechtsarbeit zu Honduras aktiv.

trari@protonmail.com

Blog: <https://hondurasdelegation.blogspot.com/>

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Weitreichende Veränderungen in Aussicht

Die Finanzierung von Entwicklung wird sich in Zukunft stark verändern. Die klassische öffentliche Entwicklungshilfe wird auf Dauer an Bedeutung verlieren; private Investitionen – seien sie aus dem Inland oder aus dem Ausland – werden an Umfang und Gewicht zunehmen. Ulrich Post von der Welthungerhilfe gibt einen umfassenden Ausblick in die Zukunft.

Von Ulrich Post

Ausgangspunkt der Finanzierungsdiskussion ist die Feststellung, dass bei weitem nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, um die Umsetzung der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) zu finanzieren. Die Addis-Abeba-Agenda, die aus der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung 2015 hervorging, betrachtet deshalb auch andere Finanzierungsquellen wie inländische öffentliche Mittel oder private einheimische und internationale Finanzierungen (siehe dazu Beitrag im E+Z/D+C e-Paper 2015/07, S. 42).

Die SDGs können nach UN-Schätzungen nur erreicht werden, wenn rund 6 Billionen Dollar jährlich bis 2030 zur Verfügung stehen. Andere Schätzungen gehen von einem Bedarf von 2 bis 2,4 Billionen Dollar jährlich zusätzlich zu den bisherigen Mitteln aus. Die gegenwärtige Weltlage macht es nach Ansicht der UN jedoch enorm schwierig, wenn nicht unmöglich, ausreichend Mittel zu sichern. Die Inter Agency Task Force der UN prognostiziert, dass SDG 1 und SDG 2 in den am wenigsten entwickelten Ländern nicht bis 2030 umgesetzt werden können. Globale Armut wird also 2030 nicht abgeschafft sein.

Bei der Finanzierung der SDGs wird offizielle Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) durch traditionelle Geber eine abnehmende Rolle spielen. Es ist sogar möglich, dass ihr die Marginalisierung droht. Denn die Zeichen stehen auf

erhebliche Veränderungen: Neue Geberländer, Rücküberweisungen von Migranten, der Privatsektor, Stiftungen und Philanthropen spielen eine wachsende Rolle.

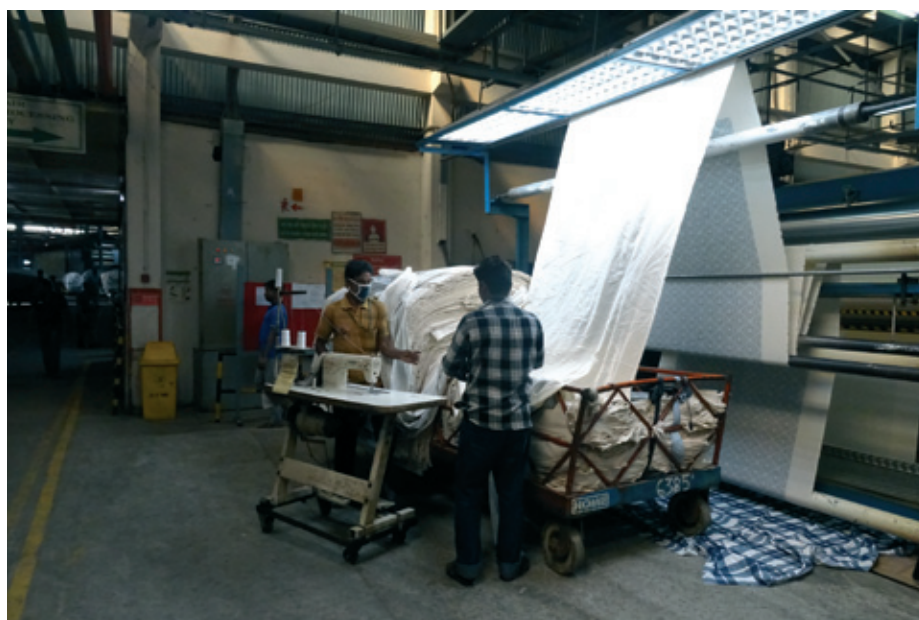
INLÄNDISCHE ÖFFENTLICHE MITTEL

Die bei weitem wichtigste Quelle der Finanzierung sind bereits jetzt die inländischen öffentlichen Mittel in den Entwicklungsländern; sie sind mehr als doppelt so hoch wie alle externen Finanzzuflüsse zusammen. Es

um Entwicklung zu finanzieren. Jedoch tun sich gerade die ärmsten Länder damit sehr schwer; ihre Steuereinnahmen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sanken sogar seit 2012. Ähnliches gilt für die meisten Länder Subsahara-Afrikas.

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE

Die Länder der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) gaben vergangenes Jahr 146,6 Milliarden Dollar für ODA aus, was einem leichten Rückgang von 0,6 Prozent gegenüber dem „Rekordjahr“ 2016 entspricht. 30 Prozent der Mittel gingen 2016 in Länder Afrikas südlich der Sahara. Größte Einzelempfänger waren: Äthiopien, Afghanistan und die Türkei. ODA ist in den letzten 15 Jahren um 240 Prozent gestiegen. Die ODA der OECD-Länder wird durch neue Geber wie China ergänzt.



Die Privatwirtschaft soll zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung beitragen: Textilfabrik in Dhaka, Bangladesch.

handelt sich dabei um unterschiedliche Finanzmittel, die Regierungen zur Verfügung stehen, um ihre Tätigkeiten zu finanzieren. Dazu zählen direkte und indirekte Steuern oder andere Einnahmen (wie Abgaben von Rohstofffirmen oder Lizenzgebühren) sowie Anleihen von lokalen Kapitalmärkten. Steuern, vor allem Einkommensteuern, sind ein besonders wichtiges Instrument,

Die ODA-Mittel der OECD-Länder werden in Zukunft weit weniger steigen als in der Vergangenheit – wenn sie denn überhaupt steigen werden. Immer mehr Regierungen setzen innenpolitische Schwerpunkte und zeigen wenig Interesse an Steigerungen für Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Klassische EZ wird noch einige Jahre nötig sein, um öffentliche Ausgaben

und externe Defizite in ausgewählten besonders armen Ländern und fragilen Staaten zu finanzieren. Arme Länder werden jedoch gedrängt werden, mehr auf die Mobilisierung einheimischer Ressourcen zu setzen, auch weil das ein gewichtiger Beitrag zum Staatsaufbau sein kann. Geber werden anbieten, den Aufbau von besseren Steuersystemen ebenso zu unterstützen wie „faire Deals“ mit transnationalen Unternehmen und den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen.

China hat das „Spiel“ verändert; es gibt mehr Optionen für Entwicklungsländer. China ist ein populärer Geber, da es keine politischen Reformen an die Geldvergabe knüpft. Die Entwicklungslandschaft und ihre Akteure werden in den nächsten Jahren weiter fragmentiert. Bereits jetzt gibt es etwa 60 bilaterale und mehr als 250 multilaterale Geber.

Die bisher für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Ministerien oder Institutionen werden sich auf das Kernthema Armutsbekämpfung konzentrieren sowie auf die Unterstützung von bestimmten globalen öffentlichen Gütern und globalen Herausforderungen. Vermutlich werden mehr traditionelle EZ-Ausgaben in andere Ministerien verlagert.

Es ist wegen der gegenwärtigen Schwäche des Multilateralismus davon auszugehen, dass die bilaterale Zusammenarbeit

ausgeweitet wird. Das können wir bereits im eigenen Land beobachten. Auch wird die Orientierung an innenpolitischen Interessen der Geber stärker werden (linking aid to national interest). Das „aid is good for us“-Narrativ wird in der Begründung für ODA-Ausgaben eine größere Rolle spielen.

BLENDING FINANCE

Die Privatsektor-Instrumente der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden deutlich ausgebaut werden. Dabei handelt es sich um staatliche Darlehen, Kredite, Bürgschaften oder den Kauf von Kapitalanteilen an Firmen, die in ODA-Ländern arbeiten. Die OECD spricht von „blending finance“ als strategischem Gebrauch von Finanzierung zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel aus OECD-Ländern für Entwicklungsländer.

Ob man diese Finanzierungsform nun „blending“, „leveraging“ oder Subventionen nennt – sie wird zunehmen. Verschiedene Geber weiten ihre Mechanismen aus, wie etwa die EU mit dem European Fund for Sustainable Development (EFSD). Sie werden vermutlich aber nur dann in großem Stil gelingen, wenn lokale Institutionen sie unterstützen. Das werden in aller Regel die nationalen Entwicklungsbanken sein. Sie können als eine Art Plattform dienen, die lokale Projekte anschiebt, Risiken bei der

Umsetzung mindern und Probleme vor Ort leichter beheben kann.

PRIVATE MITTEL

Private einheimische und internationale Kapitalflüsse in Entwicklungsländern haben zugenommen, sind aber immer noch insgesamt recht klein. Zusätzlich zu ausländischen Direktinvestitionen haben Privatunternehmen auch in armen Entwicklungsländern damit begonnen, in nennenswertem Umfang Fremdkapitalmärkte zu erschließen. Diese privaten, nicht gesicherten Kredite sind immer wichtiger geworden und werden noch wichtiger.

Einheimische private Investitionen sind umfangreich, stabil und steigend. Sie machen etwas mehr als 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Entwicklungsländern aus. Die Investitionen stammen überwiegend aus dem (häufig staatlichen) Bankensektor oder sind Re-Investitionen von Gewinnen lokaler Unternehmen.

Hauptquelle externer Finanzierung ist Privatkapital, vor allem Direktinvestitionen. Privatkapital ist verantwortlich für mehr als 80 Prozent der längerfristigen Zuflüsse zu Entwicklungsländern seit dem Jahr 2000. Allerdings ist der Umfang der Direktinvestitionen in den letzten Jahren gesunken. Zudem gibt es große regionale Unterschiede bei den Direktinvestitionen: nach Ost- und

Klimafinanzierung und humanitäre Hilfe

Die Klimafinanzierung ist sehr komplex und verändert sich ständig. Finanzierungen laufen über multilaterale Kanäle – sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). Sie laufen aber auch zunehmend über bilaterale und nationale Klimawandel-Kanäle und Fonds. Ein Monitoring der Finanzflüsse im Klimabereich und erst recht Prognosen darüber sind sehr schwierig, weil es

keine gültige Definition dessen gibt, was Klimafinanzierung genau ausmacht.

Ganz offensichtlich verdrängt die Klimafinanzierung aber nicht wie befürchtet andere Formen der offiziellen Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA); sie wächst in etwa demselben Maße. Die klimarelevante ODA für die ärmsten Entwicklungsländer ist gestiegen, und besonders die Mittel für Kli-

maanpassung werden deutlich weiter steigen. Aller Voraussicht nach werden die ODA-Klimafinanzierungen dennoch im Vergleich zu anderen Finanzierungen relativ zurückgehen.

Generell ist die gesamte Klimafinanzierung weit hinter den Erwartungen und Versprechungen geblieben. Klimaprogramme werden vor allem durch nichtkonzessionäre Darlehen, Exportkredite, Green Bonds und Direktinvestitionen unterstützt. Aber diese sind freiwillig und bleiben anfällig für ein Scheitern bei der Umsetzung. Das derzeitige Niveau der Klimafinanzierung wird von der OECD mit 57 Milliar-

den Dollar angegeben, davon 41 Milliarden in Form öffentlicher Mittel und knapp 15 Milliarden an privaten Mitteln.

Den Umfang der humanitären Hilfe zu prognostizieren ist kaum möglich, da er je nach Häufigkeit und Umfang von Naturkatastrophen und Konflikten schwanken wird. Vermutlich wird er in den nächsten Jahren eher steigen, aber nicht unbedingt durch traditionelle Geber, sondern eher durch Nicht-OECD-Staaten, Philanthropen oder Stiftungen. Von der Gesamt-ODA waren 2017 15,3 Milliarden Dollar für humanitäre Hilfe, ein Anstieg von 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. (up)

Südasien gingen mehr als 70 Prozent; in unterfinanzierte, besonders arme Entwicklungsländer weniger als acht Prozent.

Direktinvestitionen können durch die Umsetzung der SDGs unterstützen, wenn sie in entwicklungsrelevante Bereiche gelenkt werden (wie erneuerbare Energien). Es gibt bislang aber wenig Bereitschaft der Privatwirtschaft, sich an die Zusagen aus der Addis-Agenda zu halten. Deshalb ist zu erwarten, dass staatliche und multilaterale Geber mehr tun werden, um produktive Investitionen in Entwicklungsländern zu unterstützen, besonders in armen. Bürgschaften und Versicherungen sind eine Möglichkeit dazu. Dazu wird der öffentliche und politische Druck auf multinationale Unternehmen wachsen, mehr (finanzielle) Verantwortung für bessere Arbeitsbedingungen und nachhaltige Wertschöpfungsketten zu übernehmen.

Ein weiterer wichtiger privater Finanzfluss sind Rücküberweisungen von Migranten in Entwicklungsländer. Nach Angaben der Weltbank betrugen diese im Jahr 2017 466 Milliarden Dollar – ein neues Rekordhoch, das 2018 noch übertroffen wird. Damit betrugen die Rücküberweisungen mehr als das Dreifache der ODA.

Allerdings beziehen sich die positiven Wirkungen aus diesen Mitteln ganz überwiegend auf die Migranten und ihre Familien, nicht auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. In vielen Ländern machen die Rücküberweisungen mehr als 10 Prozent des Nationaleinkommens aus, so etwa in Tadschikistan, Nepal, Liberia, Haiti, Jordanien und den Philippinen. Der wachsende Umfang der Überweisungen macht ihre Nutzung für staatliche Aufgaben immer attraktiver. So legte Äthiopien eine Diaspora-Anleihe auf, um einen Damm zu finanzieren, Nigeria eine für Infrastrukturprojekte. Diese Art der Nutzung wird zunehmen, nicht nur durch Regierungen, sondern auch durch private Akteure. Man kann davon ausgehen, dass vor allem nationale Regierungen die Potenziale von Rücküberweisungen mehr nutzen werden.

Private Stiftungen und Philanthropen werden im öffentlichen Leben und in der EZ weiterhin an Bedeutung gewinnen – und an Einfluss. Die Ende 2017 gegründete Initiative Co-Impact will das Engagement von Philanthropen weltweit koordinieren und schlagkräftiger machen. Die privaten Stiftungen greifen häufig da ein, wo Staaten versagen. Das

gilt für Entwicklungsländer ebenso wie für die Finanzierung multilateraler Organisation wie etwa der WHO. In Zukunft wird noch mehr darauf zu achten sein, dass die Definition des Gemeinwohls nicht den guten Absichten der Allerreichsten anvertraut wird (siehe hierzu E+Z/D+C Schwerpunkt im e-Paper 2017/12).

SCHULDEN UND WEITERE PROBLEME

Die Verschuldung in Entwicklungsländern hat sich in den vergangenen fünf Jahren deutlich beschleunigt, und es wächst die Sorge vor einer neuen Schuldenkrise. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind vor allem Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen vom Schuldenanstieg be-

es viele der ärmeren Länder extrem abhängig von volatilen Rohstoffpreisen. Neben besserem Zugang zu ihren Märkten sollten Industrieländer Entwicklungsländer bei Strategien unterstützen, ihre Rohstoffabhängigkeit zu überwinden. Denkbar wären protektionistische Handelspolitiken, um das Wachstum des Industriesektors zu unterstützen.

Es gehört nicht viel Mut zu der Prognose, dass die Umsetzung der SDGs bis 2030 nicht gelingen wird, wenn die gegenwärtigen Finanzierungstrends anhalten. Aber genau das steht zu befürchten. Für die „klassischen“ Akteure der Entwicklungszusammenarbeit bedeuten die Veränderungen, dass sie viel effektiver auf die Ambitionen der SDGs reagieren und die Wirksamkeit



Müllsammler in Sierra Leone: Zur Armutsbekämpfung werden weiterhin Gebermittel benötigt.

troffen. Demnach sind 18 Länder hochgradig gefährdet, in Rückzahlungsschwierigkeiten zu geraten – oder sind es bereits (siehe E+Z/D+C Schwerpunkt im e-Paper 2018/08).

Die Ineffektivität der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Steuern führt dazu, dass Länder darin bestärkt werden, mit anderen zu konkurrieren (in der Regel um den niedrigsten Steuersatz). Das führt dazu, dass die Steuerbasis einiger Länder erodiert (siehe E+Z/D+C Schwerpunkt im e-Paper 2018/01).

Das Wachstum des Welthandels hat sich seit der Finanzkrise verlangsamt und geht aktuell zurück. Das Welthandelssystem hat großen Einfluss auf die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer, insbesondere macht

ihrer Arbeit in fragilen Staaten nachweisen müssen. Sie werden neue Formen der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft entwickeln und sich viel stärker als Motor in Fragen von Klimaerwärmung und -anpassung verstehen und danach handeln müssen. Und sie werden viel aktiver kommunizieren müssen, dass globales Wohlergehen durchaus im nationalen Interesse liegt.



ULRICH POST
ist Leiter der Abteilung
Grundsatzfragen bei der
Welthungerhilfe.
ulrich.post@welthungerhilfe.de
<http://www.welthungerhilfe.de>

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Wegbereiter für urbane Landwirtschaft

Mit einer Agrarreform in den 1990er Jahren wurde Kuba zum Pionier urbaner Landwirtschaft. Den Anstoß dafür gaben besondere politische und soziale Umstände.

Von Katherine Cashman

Kuba drohte Anfang der 1990er Jahre eine Nahrungsmittelkrise. Urbane, ökologische Landwirtschaft war der erfolgversprechendste Weg aus der Krise. Die kommunistische Regierung kooperierte mit Basisorganisationen und schaffte Anreize für die Stadtbewohner, lokal zu produzieren und zu vermarkten. Dieser Bottom-up-Ansatz war für ein autoritäres Regime ziemlich untypisch.

Die Reform erlaubte es den Menschen, selbst zu entscheiden, was sie anbauen wollten. Die Landnutzung wurde entsprechend neu organisiert. Ein freier Markt für urbane Produkte entstand. Die Gemeinden konnten selbst über die ehemals verstaatlichte Ernährungswirtschaft entscheiden, und administrative Funktionen wurden dezentralisiert.

Seit diesem Beispiel aus den 1990er Jahren hat sich Urban Gardening in vielen Städten der Welt etabliert. Jede Stadt und jedes Land hat ein eigenes System. Der Vorreiter Kuba hat das Potenzial des biologischen Anbaus auch im kleinen Stil gezeigt.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts gab es mehrmals drastische Wechsel in Kubas Volkswirtschaft und im Ernährungssystem. Durch die Revolution von 1959 kam das kommunistische Regime an die Macht, das den Staatsapparat zentralisierte. Landwirtschaftliche Flächen wurden verstaatlicht, Maschinen hielten Einzug in den Betrieben.

Während des Kalten Krieges verhängten die USA ein Handelsembargo gegen Kuba, woraufhin das Land eine symbiotische Handelsbeziehung mit dem sowjetischen Ostblock entwickelte. Es exportierte Zuckerrohr, Tabak und Früchte zu fast doppeltem Weltmarktpreis dorthin. Im Gegenzug erhielt Kuba Treibstoff, Tierfutter, Getreide, Fleisch und andere subven-

tionierte Produkte. In den 1980er Jahren importierte Kuba 57 Prozent seiner Lebensmittel sowie 90 Prozent der Dünger und Pestizide. Der günstige Austausch mit dem Ostblock half dem Karibikstaat, zu gedeihen. Im Rückblick gelten die 1980er Jahre als „die Jahre der fetten Kuh“.

1989 fiel die Berliner Mauer, 1990/91 zerfiel die Sowjetunion. Durch die drasti-

der benötigten Kalorien. Für die Kubaner war das die „besondere Hungerperiode“.

Die Regierung reagierte mit radikalen Reformen. Bis dahin gab es industrielle, staatlich betriebene Farmen, die Rohstoffe für den Export produzieren sollten. Nun änderte sich das Paradigma. Jetzt ging es darum, lokale Produkte ohne teure Vorleistungen wie Sprit und Dünger zu beziehen. Die Regierung änderte Vorschriften zur Landnutzung und führte Marktrefor-



Urban Gardening in Havanna.

schon Veränderungen der Handelsmuster erlitt Kuba einen wirtschaftlichen Schock. Der Verlust von 80 Prozent seines Lebensmittelhandels führte zu einer ersten Nahrungsmittelknappheit – die Menschen bekamen durchschnittlich nur noch zwei Drittel

Kompostierung, Fruchtfolge, Bodenschutz et cetera angewendet.

Havanna hat etwa 2 Millionen Einwohner. Die Stadt ist nicht dicht besiedelt, Lage und Klima sind ideal für urbane Landwirtschaft. Angesichts der schwachen

Wirtschaft richtete das Agrarministerium städtische Ackereinheiten ein, um Nahrungsmittel zu produzieren und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Bis in die 1990er Jahre hinein gehörten 80 Prozent der Äcker Kubas – einschließlich der Flächen für Rinderzucht – zu großen Staatsbetrieben. Nur 20 Prozent wurden von Kleinbauern bewirtschaftet. Monokulturen, Mechanisierung, Bewässerung und viel Chemie prägten die Landwirtschaft. Die Arbeiter waren in Teams organisiert, jedem waren nach strengen Vorgaben bestimmte Aufgaben zugewiesen.

Das funktionierte nach dem Ende der Sowjetunion nicht mehr, da Kuba nicht mehr an wichtige Ressourcen herankam, die es von dort importiert hatte. Die Regierung stellte auf selbstverwaltete Lebensmittelproduktion auf lokaler Ebene um. Das Motto des Amtes für urbane Landwirtschaft lautete 1991: „Produktion in der Gemeinschaft, durch die Gemeinschaft, für die Gemeinschaft“. Die Landwirte verantworteten fortan die gesamte Produktion für ein bestimmtes Stück Land, die Vergütung war an den Ertrag gekoppelt.

LANDWIRTSCHAFT IN HAVANNA

Bei der Vergabe von Land an Kleinbauern in städtischen Gebieten kooperierte das Amt für urbane Landwirtschaft mit partizipativen Nachbarschaftsorganisationen, die „Poder Popular“ (Volksmacht) genannt wurden. Voraussetzung war, dass Lebensmittel produziert wurden. Allein in Havanna vergaben die Behörden 25 000 Gärten als Anbauflächen an Familien. Dutzende großer „Organopónicos“ wurden gegründet – 200 Quadratmeter bis einige Hektar große Stadtgärten, die von fünf bis sechs Arbeitern biologisch bewirtschaftet wurden.

Staatliche Betriebe wurden eingestellt, die genossenschaftliche Landwirtschaft begann, und Kuba übergab vier Fünftel der staatlichen Äcker an die Arbeiter. Jede Untereinheit der neu gegründeten Genossenschaften wählte demokratisch einen Anführer. Dessen Aufgabe war es, die landwirtschaftlichen Aktivitäten zu überwachen, Produktionspläne zu erstellen, Landwirte in städtischer Landwirtschaft zu schulen und neue Technologien zu fördern. Die Anführer fungierten auch als Vertreter gegenüber dem Landwirtschaftsministerium.

Die Kontrolle über die landwirtschaftliche Produktion wurde dezentralisiert.

Obwohl das Ackerland weiterhin dem Staat gehörte und die Bauern Produktionsquoten erreichen mussten, wurden die Kollektive zu Eigentümern ihrer eigenen Lebensmittelproduktion. Die Bauern konnten überschüssige Waren auf lokalen Märkten verkaufen.

Aufklärungskampagnen förderten die Entwicklung der urbanen Landwirtschaft. Die Regierung bezog Wissenschaftler in die Erforschung von Methoden und Innovationen des Bio-Anbaus ein und lud Genossenschaftsmitglieder zu Seminaren und Kursen ein, damit sie neue Fähigkeiten erwerben und ihr Wissen weitergeben konnten.

FAZIT

Havannas Agrarrevolution war Folge einer Nahrungsmittelkrise. Lebensmittel sogar in der Hauptstadt anzubauen war Teil des Krisenmanagements, das sich als effektiv erwies. 1995 erklärte die Regierung die Krise für beendet. 1996 bezog Havanna 8500 Tonnen an Agrarerzeugnissen, 4 Millionen Blumen, 7,5 Millionen Eier und 3650 Tonnen Fleisch aus städtischer Landwirtschaft.

An Kuba zeigt sich, dass städtischer Anbau die Ernährungssicherheit deutlich erhöhen kann. Allerdings ist das nicht nur eine politische Frage. Durch eigene Produkte können lokale Gemeinschaften ihre Lebensqualität verbessern und sich vitaminreicher ernähren. Internationale Studien zeigen, dass Menschen in ärmeren Gegenden oft nicht an frische Lebensmittel kommen. Ob staatlich gefördert oder nicht, gemeinschaftlich orientierte urbane Landwirtschaft kann viel bewirken.

Durch lokalen Anbau werden die Menschen zudem unabhängiger vom Weltmarkt. Auch im Zeitalter der Globalisierung können Menschen so Kontrolle über ihr Leben behalten – dank traditionellen Wissens und entsprechender Innovationen.



KATHERINE CASHMAN
ist Beraterin für Stadtrecht bei UN-Habitat (United Nations Human Settlements Program) in Nairobi. Als sie

diesen Beitrag schrieb, war sie Doktorandin für Urban Management an der Technischen Universität Berlin. Ihr Studiengang gehört zur Arbeitsgemeinschaft entwicklungsbezogener Postgraduierten-Programme (AGEP).
kcashman23@gmail.com



Besuchen Sie
unsere Website
unter www.EundZ.eu



www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENAR

DOSSIERS THEMENFELDER WELTRE

PRESDENNOBELPREIS
Preis gegen die Scham

TOP THEMA



REFENSION



Slum in der Nähe von
Hochhausapartements
in Mumbai, Indien.

Foto: Mark Edwards/Lineair

Chancen-Ungleichheit

Ein Leitprinzip der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) ist, niemanden zurückzulassen. Alle müssen im Leben Chancen bekommen. Zentrale Voraussetzungen sind Gesundheitsversorgung und Bildung sowie Einkommen, die ein würdiges Dasein ermöglichen. Kompetente Institutionen und kluge Politik können diese Voraussetzungen erfüllen. Allerdings gibt es auch große Widerstände gegen Umverteilung, sodass Armut und Ungleichheit Menschen massenhaft ausgrenzen – ohne Aussicht voranzukommen.



Angst vor dem sozialen Abstieg

Armut ist mehr als ein Mangel an Geld, wie von der Weltbank definiert. Armut hat viele Dimensionen und wird unterschiedlich empfunden. Sie ist umso belastender, je ungleicher eine Gesellschaft ist und je weniger Chancen ein Individuum auf sozialen Aufstieg hat. Auch im Libanon ist nichtextreme Armut ein ernstes Problem, wie unsere in Beirut lebende Autorin Mona Naggar erfuh. Sie hat einen sehr persönlichen Erfahrungsbericht über die Gesichter der Armut im Libanon verfasst.

Von Mona Naggar

Es hat mir keinen Spaß gemacht, diesen Film zu sehen, trotzdem empfehle ich ihn – „Capharnaüm“ von der libanesischen Regisseurin Nadine Labaki. Der Film, der dieses Jahr den Preis der Jury der Filmfestspiele von Cannes gewonnen hat, läuft seit Ende September in den libanesischen Kinos. Er erzählt die Geschichte des 12-jährigen Jungen Zain, der in einem Beiruter Slum aufwächst. Mit seinen überforderten, apathischen Eltern und zahlreichen Geschwistern lebt er in einer heruntergekommenen, kleinen Wohnung. Jeder Tag ist ein Überlebenskampf. An Schule ist nicht zu denken. Zain arbeitet bei einem Lebensmittelhändler, der ihn in Naturalien bezahlt.

Als seine Schwester mit diesem Händler zwangsverheiratet wird, haut Zain von zu Hause ab und beginnt ein eigenes Leben. Der Junge freundet sich mit einer Arbeitsmigrantin aus Äthiopien an, die ihn in ihrer armseligen Behausung aufnimmt. Labaki hält der libanesischen Gesellschaft einen Spiegel vor. Es ist ein hässliches, grausames, hoffnungsloses Bild, das wir zu sehen bekommen. Solidarität ist selten. Der Staat tritt nur dann in Erscheinung, wenn es darum geht, Menschen abzuschieben, vor Gericht zu stellen oder ins Gefängnis zu werfen. Dieser Film war für mich schwer zu ertragen, weil mir viele Szenen aus dem wirklichen Leben allzu vertraut sind.

Slums, bettelnde Kinder, Frauen mit Babys und alte Menschen zu allen Tageszeiten an Straßenkreuzungen gehören zum normalen Straßenbild in Beirut und ande-

ren Städten. Sie verkaufen Blumen, Papiertaschentücher, Kaugummis oder sitzen apathisch herum. „Capharnaüm“ fordert uns, die Zuschauer, auf, über unsere Haltung gegenüber armen Menschen um uns herum nachzudenken. Ich komme nicht umhin, mich im Alltag außerhalb des Kinos zu fragen: Soll ich einem bettelnden Kind Geld geben? Wenn ich gebe, dann unterstütze ich doch das Vorgehen der verantwortungslosen Eltern oder der „Kindermafia“, die dahintersteckt! Vielleicht doch lieber Essen verteilen? Bananen und Wasser? Was kann ich tun?

Einige Filmszenen und die Situationen auf den Straßen sind nur die besonders sichtbare Seite der Armut in Beirut, vor der niemand die Augen verschließen kann. Aber es gibt noch viel mehr Facetten. In dem sozial gemischten Stadtteil in Westbeirut, in dem ich lebe, bin ich von Menschen umgeben, die um das tägliche Überleben kämpfen, ohne zu betteln oder darüber zu sprechen. Da ist etwa Um Bashir. Jeden Tag sitzt die 40-jährige Witwe mit ihrem arbeitslosen Sohn in einem Hauseingang und verkauft Zeitungen. Sie ist auf die paar Groschen angewiesen, die sie täglich verdient. Da ist auch Hammudi, der 13-jährige Junge, der, anstatt zur Schule zu gehen, jeden Tag von früh morgens bis spät in die Nacht beim Kfz-Mechaniker arbeitet. Seine Eltern bekommen 20.000 libanesisches Pfund (LBP), ungefähr zwölf Euro, in der Woche für die Arbeit ihres Sohnes.

Es sind die jungen Männer, die mir alle paar Tage Wasserkisten liefern oder an der Supermarktkasse meine Einkäufe ein-

packen. Sie sind auf mein Trinkgeld angewiesen. Eigentlich muss ich nichts geben. Niemand würde mich deswegen zur Rechenschaft ziehen oder empört anschauen. Aber es ist sozusagen ein ungeschriebenes Gesetz hier, das auch mich verpflichtet, etwas zu geben. Leute, die haben, geben anderen, die nichts oder nur sehr wenig haben. Immer sollte man einige von diesen dunkelgrünen 1000-Pfund-Scheinen parat haben. 1000 LBP sind 0,57 Euro.

Die UNDP schätzt, dass ungefähr ein Drittel der Libanesen arm sind und von weniger als vier US-Dollar pro Tag leben müssen. Etwa 200.000 Libanesen müssen mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen und gelten damit nach Weltbank-Definition als extrem arm. Es gibt starke sozioökonomische Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen. Im Norden und Osten des Landes ist die Lage besonders schwierig.

Besonders von Armut betroffen sind Libanesen, die die Schule abgebrochen und keine Ausbildung abgeschlossen haben, ungeachtet der religiösen Zugehörigkeit. Aber auch Gruppen, die durch libanesisches Gesetz benachteiligt werden, sind besonders stark betroffen. Das sind Palästinenser, die seit Jahrzehnten im Libanon leben. Sie haben nicht den gleichen Zugang zum staatlichen Bildungssystem, dürfen nicht alle Berufe ausüben und Grundbesitz haben. Außerdem wird ihnen nur ein beschränkter Zugang zum Sozialsystem gewährt. In eine palästinensische Familie im Libanon hineingeboren zu werden ist ein schwieriger Start ins Leben. Syrische Flüchtlinge, die in diesem Land gestrandet sind, keine gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis haben, leben auch von der Hand in den Mund. Darüber hinaus werden sie von vielen Libanesen angefeindet, weil sie als billige Arbeitskräfte mit den Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren.

Arbeit, ein regelmäßiges Einkommen zu haben, das die Kosten des täglichen Lebens und die Schulgebühren der Kinder deckt, ist noch kein Garant gegen den sozialen Abstieg. Wegen des schwach ausgebildeten Sozialsystems kann schon die schwere Krankheit eines Familienangehörigen schnell den finanziellen Ruin bedeuten. In den Genuss einer guten Gesundheitsversorgung zu kommen ist keine Selbstverständlichkeit im Libanon, auch nicht für die Angehörigen der Mittelschicht. Erschreckend





Flüchtlingscamp Nahr al-Bared nördlich von Tripoli: Palästinenser sind benachteiligt im Libanon.

sind Zeitungsberichte, die immer wieder von abgewiesenen Notfällen in Krankenhäusern berichten, weil die Angehörigen nicht in Vorleistung treten konnten. Der Aufschrei ist jedes Mal groß, aber dann verfliegt die Aufregung schnell wieder.

Armut im Libanon ist sichtbarer, allgegenwärtiger als in Deutschland oder anderswo in Westeuropa; sie ist bedrohlicher, auswegloser, gnadenloser. Sie kann einen unvermutet treffen. Sie wird hingenommen, als eines der vielen seit Jahrzehnten unlösbaren Probleme des Landes. Der schwache libanesische Staat wird nicht zur Verantwortung gezogen. „Ma fi Dawleh“, „es gibt keinen Staat“, heißt ein weitverbreiteter Satz im Libanon. Ebenso wie der Staat unfähig ist, die Müllkrise zu lösen, der Elektrizitäts-

und Wasserknappheit Herr zu werden, wird gar nicht erst erwartet, dass er zugunsten der sozial Benachteiligten handelt. Im Gegenteil. Er gilt als Fürsprecher der Reichen. Die Politiker sind oftmals auch vermögende Geschäftsleute. Das Problem wird ausgelagert. Zuständig für soziale Probleme sind karitative und religiöse Organisationen. Oder auch Privatpersonen, die sich engagieren und helfen. Jede Konfession soll für ihre Angehörigen aufkommen.

Ich frage mich, ob die Tatsache, dass Armut im Libanon so allgegenwärtig ist, viele Menschen dazu bringt, sich stärker voneinander abgrenzen zu wollen und zu zeigen, dass sie eben nicht arm sind. Ist deswegen Prestige so wichtig? Einen übertriebenen Wert auf teure Kleidung und Autos

zu legen? Damit anzugeben, dass die Kinder auf eine angesehene Privatschule gehen oder gar im Ausland studieren?

Bildung ist der sicherste Weg für den sozialen Aufstieg. Eltern strampeln sich ab, üben mehrere Jobs aus, um ihren Kindern eine gute Ausbildung zu finanzieren. Der nächste Schritt für junge Libanesen ist oft, den Sprung ins Ausland zu schaffen. Nur dort, sind viele überzeugt, lasse sich eine sichere Zukunft aufbauen.



MONA NAGGAR
ist Journalistin und Trainerin.
Sie lebt in Beirut, Libanon.

mona.naggar@gmail.com

Verbesserungsbedarf trotz soliden Fortschritts

Indien ist auf gutem Weg, die extreme Armut zu beenden. Zugleich hat sich aber die soziale Schere in den vergangenen Jahrzehnten weiter geöffnet.

Von Roli Mahajan

Im Mai 2018 wurde gemeldet, dass Indien nicht mehr das Land mit der größten Zahl extrem armer Menschen weltweit ist. Das ist ein Rekord, den kein Land anstrebt, den Indien aber lange, nicht zuletzt wegen seiner riesigen Bevölkerung von heute rund 1,3 Milliarden Menschen, innehatte.

Laut Brookings Institution lebten im Mai in Nigeria 87 Millionen Menschen in extremer Armut, in Indien aber nur 73 Millionen. Der Thinktank hielt zudem fest, in Nigeria wachse die Zahl jede Minute um sechs Personen, wohingegen sie in Indien kontinuierlich abnehme.

Diese Brookings-Einschätzung beruhte auf den Daten verschiedener internationaler Organisationen. Sie nutzt die Weltbank-Definition, der zufolge Menschen dann extrem arm sind, wenn ihre Kaufkraft weniger als 1,90 Dollar pro Kopf und Tag beträgt.

Indische Untersuchungen deuten in dieselbe Richtung. Die Indian National Sample Survey Organisation wird bald neue Daten veröffentlichen, aber der Ökonom Surjit Bhalla, der die Regierung berät, hat bereits mitgeteilt, der Anteil der extrem armen Menschen an der Bevölkerung sei von etwa 21 Prozent im Finanzjahr 2011/12 auf nur noch rund 5 Prozent 2017/18 zurückgegangen.

Der Trend sieht gut aus, aber viele Fachleute bezweifeln, dass er Anlass zum Feiern gibt. Eine Reihe anderer Entwicklungsindikatoren wirkt nämlich düster. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen weist darauf hin, dass Indien mit Blick auf viele sozioökonomische Parameter hinter Nachbarländern (mit Ausnahme Pakistans) hinterherhinkt. Das gilt besonders für Gesundheit und Bildung. Das jährliche Pro-

Kopf-Einkommen ist in Bangladesch mit rund 1550 Dollar und in Nepal mit 840 Dollar niedriger als in Indien (1950 Dollar). Dennoch ist die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren in beiden Ländern niedriger. In Indien starben 2017 pro 1000 Lebendgeburten 39 Kinder. Die Vergleichszahl für Bangladesch war 32 und für Nepal 34.

Zeichen ländlicher Armut trüben ebenfalls das Bild einer prosperierenden Nation. Die Selbstmordraten von Bauern



Breite soziale Gräben: Rikscha-Fahrer in Kolkata.

sind sehr hoch, und die Ursache ist typischerweise Überschuldung.

Armut präzise zu definieren ist schwierig und sorgt in Indien schon lange für hitzige Diskussionen. Ob eine Regierung Erfolg hat, wird gern an Fortschritten bei der Armutsbekämpfung gemessen. Früher wurde dafür nur der Geldwert des täglichen Kalorienbedarfs herangezogen. Doch 2009 verabschiedete die Tendulkar Commis-

sion eine mehrdimensionale Methode zur Abschätzung der Armut (siehe E+Z/D+C 2010/12, S. 464). Sie berücksichtigt neben dem Nahrungsmittelbedarf auch Dinge wie Kleidung, Schuhe, langlebige Verbrauchsgüter, Bildung und Gesundheit. Die neue Methode zeigte, dass die Armut in Indien schlimmer war als vermutet.

Die Weltbank hat kürzlich für Länder mit niedrigen mittleren Einkommen eine neue Armutsdefinition vorgelegt. Demnach gilt als arm, wer höchstens auf eine Kaufkraft von 3,20 Dollar pro Tag und Kopf kommt. Bhalla schätzt, nach diesem Maßstab sei ein Drittel der Bevölkerung arm. Vielleicht sollte sich die Nation angesichts der neuen Weltbankdefinition abermals darüber Gedanken machen, was Armut bedeutet.

Neben Armut ist auch Ungleichheit wichtig. Die multinationale Bank Credit Suisse schätzt, das reichste Prozent der indischen Bevölkerung besitze 58,4% des Wohlstands, wohingegen das Vermögen der unteren 70 Prozent nur sieben Prozent betrage. Dieser Anteil habe sich innerhalb von acht Jahren halbiert, denn 2010 habe er noch bei 13,9% gelegen. Zum Gesamtbild gehört also, dass Millionen von Menschen der extremen Armut entkommen sind, aber noch längst nicht in Wohlstand leben, während die Superreichen ihren Wohlstand rasant vermehren konnten.

Wirtschaftsliberalisierung wurde 1991 im Verlauf einer Finanzkrise zum politischen Paradigma in Indien (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/08, S. 27). Das Wachstum legte zu, aber soziale Gräben wurden tiefer. Satellitenbilder, die zur Ergründung von Ungleichheit in Indien genutzt werden, bestätigen diese Einschätzung. Volkswirte behaupten, die Wachstumsstrategie habe die Ungleichheit zugespitzt. Sie warnen, dass Länder, die mit hoher Ungleichheit ihre Entwicklung begannen, später größere Schwierigkeiten hätten, dies zu korrigieren.

In absehbarer Zeit dürfte es extreme Armut in Indien nicht mehr geben. Das ist eine ausgesprochen gute Nachricht. Es muss aber noch mehr getan werden.



ROLI MAHAJAN
ist freie Journalistin und lebt in Delhi.

roli.mahajan@gmail.com

Kosten und Nutzen des Armuts-Targetings

Die UN-Sustainable Development Goals (SDGs) verpflichten alle Mitgliedsstaaten, „Armut überall in all ihren Formen zu beenden“. Das stellt die Regierungen vor enorme Herausforderungen. Sie müssen jene identifizieren, die Gefahr laufen, zurückgelassen zu werden, müssen auf diese Gemeinschaften zugehen und sie langfristig aus der Armut befreien. Armuts-Targeting (Poverty Targeting) gilt oft als vielversprechend, jedoch sind die Erfahrungen je nach Methode unterschiedlich. Um die geeignete Methodik zu finden, müssen potenzielle Kosten und Nutzen sorgfältig abgewogen werden.

Von James G. Bennett

Viele internationale Geber unterstützen heute gezielte Programme zum Armuts-Targeting in Entwicklungsländern. So hat Deutschland in Ländern wie Kambodscha und Malawi einschlägige politische Maßnahmen finanziert.

Besonders innovativ ist ein Programm von BRAC, einer internationalen Nichtregierungsorganisation (INGO) aus Bangladesch. Es heißt „Targeting the ultra poor“ und wird von internationalen Gebern, darunter Großbritannien und Australien, unterstützt. Es verbindet gezielte soziale Grundsicherung mit proaktiven unterstützenden Maßnahmen wie etwa Qualifizierung, Transfer von Produktionsmitteln und Familiencoaching (siehe Jörn Geisselmann in E+Z/D+C e-Paper 2017/05, S. 34).

Es gibt sechs Methoden für das Armuts-Targeting (siehe Kasten nächste Seite). Es ist schwierig, deren Vor- und Nachteile zu beurteilen. Oft ist es sinnvoll, sie miteinander zu kombinieren.

Die Zielgenauigkeit wird meist über Inklusionsfehler (Einbezug nichtarmer Personen beziehungsweise Haushalte in der Zielpopulation) und Exklusionsfehler (Ausschluss armer Personen oder Haushalte aus der Zielpopulation) gemessen. Je zielgenauer ein Programm ist, desto teurer ist es leider auch. Daher warnt Nazaire Houssou

von der Universität Hohenheim in Stuttgart: „Je genauer die Methode, desto weniger praktikabel oder teurer die Umsetzung und umgekehrt.“

Andere Experten verwiesen darauf, Abweichungen im Targeting könnten vielmehr Zeichen für eine schlechte Implementierung als für Fehler im Design des Programms sein. Sie sehen auch einen Zielkonflikt zwischen dem Ziel, die gegen-

2) Betriebskosten umfassen die direkten Kosten der Leistungen (Geldtransfers, Arbeitsprogrammlöhne, Schulessen) sowie die Kosten für Personal, IT-Dienstleistungen, wiederholtes Targeting und andere Maßnahmen.

3) Externe Kosten trägt die Zielgruppe selbst (Reisekosten der Teilnehmer der Arbeitsmaßnahmen, Stigmatisierung und Verlust des Selbstwertgefühls wegen Verzehr minderwertiger Lebensmittel) ohne Kompensierung durch das Programm.

4) Opportunitätskosten sind das, worauf Begünstigte aufgrund der Intervention verzichten. Werden arme Frauen beispielsweise nur subventioniert, wenn sie an einer Ernährungsschulung teilnehmen, können sie nicht zugleich arbeiten, um Geld zu verdienen.



Die Organisation BRAC aus Bangladesch hat ein besonders innovatives Programm.

wärtige Armut zu reduzieren (etwa durch Mindestlohnbeschäftigung in öffentlichen Infrastrukturprogrammen), und dem Ziel, die zukünftige Armut durch entwicklungsorientierten Maßnahmen (etwa bessere Schulen) zu verringern.

KOSTEN DES ARMUTS-TARGETINGS

Die festen und variablen Kosten von Programmen des Armuts-Targetings sind natürlich relevant. Die entscheidenden Punkte lassen sich in vier Kategorien unterteilen:

1) Konzeptkosten sind meist einmalige Kosten. Sie fallen bei der Vorbereitung, Entwicklung und Erprobung der Maßnahmen zum Armuts-Targeting an.

Kostenwirksamkeit ist ein Dauerthema in der Debatte zum Armuts-Targeting. Tatsächliche Daten über Ausgaben gibt es nur wenige oder sie sind schlecht zugänglich. Allgemein wird anerkannt, dass es externe Kosten und Opportunitätskosten („versteckte Kosten“) gibt. Aber sie werden nur selten in die allgemeine Kosten-Nutzen-Analyse von Programmen einbezogen. Zugleich werden die erwarteten Vorteile tendenziell für selbstverständlich genommen (verbesserter Lebensstandard, geringere Verletzlichkeit et cetera). Weitere potenzielle Vorteile wie etwa folgende werden weitgehend ignoriert:

- Weiterverbreitung (Leakage) der Vorteile an nichtarme Personen und Haushalte,

- Mobilität zwischen armen und nicht-armen Regionen oder
- verbesserte Gesundheit durch bessere Ernährung und mehr Ernährungsbewusstsein.

Solche möglichen „versteckten Vorteile“ werden in Veröffentlichungen zum Armuts-Targeting nur selten erwähnt. Eine wirklich solide und umfassende Methodik für die Durchführung von Kosten-Nutzen-Analysen im Bereich des Armuts-Targetings steht also noch aus. Voraussetzung für eine angemessenere Bewertung sind bessere Datenerfassungs- und Analysesysteme. Seit Verabschiedung der SDGs wird die Forderung, die Kapazitäten der statistischen Ämter auszubauen, immer wieder betont.

Zugleich müssen sich die UN-Mitgliedsstaaten vielen weiteren Herausforderungen stellen, um wirklich „niemanden zurückzulassen“. Viele Regierungen haben eine schwache Verwaltung, besonders auf subnationaler und lokaler Ebene. Korruption ist weit verbreitet und Diskriminierung oft tief verwurzelt. Zudem beobachten

wir gewisse Ermüdungserscheinungen im Kampf gegen die Armut.

Angesichts dieser Herausforderungen fordert Raj M. Desai von der Brookings Institution, die Stoßrichtung weg vom Targeting hin zu universalistischeren Ansätzen des sozialen Schutzes zu lenken. In entwickelten Ländern seien staatliche Krankenversicherungen und Rentensysteme legitim, weil sie der Mehrheit der Bevölkerung dienen und nicht nur den Ärmsten. Solche universellen Schutzsysteme werden jedoch meist über Lohnsteuern finanziert. In vom informellen Sektor geprägten Volkswirtschaften sind sie daher nicht umsetzbar. Die Formalisierung des informellen Sektors ist sinnvoll, aber eine gigantische Aufgabe.

Im Lauf der Jahre hat sich gezeigt, dass jede Bevölkerung mal dieses, mal jenes Programm zur Armutsminderung unterstützen oder ablehnen kann. Die Themen Sozialschutz im Allgemeinen und Armuts-Targeting im Besonderen können Wahlergebnisse beeinflussen. Armuts-Targeting kann helfen, extreme Armut zu beseitigen,

akzeptiert wird sie aber nur dann, wenn die Entscheidungsträger und ihre Wahlkreise hinreichend davon überzeugt sind, dass die Ergebnisse die Gesamtkosten rechtfertigen.

LINKS

Bennett, J. G., 2017: Poverty targeting primer. Concepts, methods and tools.

https://www.giz.de/en/downloads/Poverty%20Targeting%20Primer_Full%20Version.pdf

Desai, R. M., 2017: Rethinking the universalism versus targeting debate.

<https://www.brookings.edu/blog/future-development/2017/05/31/rethinking-the-universalism-versus-targeting-debate>



JAMES G. BENNETT
ist Dozent an der Frankfurt School of Finance and Management (FSFM) und unabhängiger

entwicklungspolitischer Berater, Forscher und Trainer in Köln.

bennett@ipa-cologne.de

Sechs Hauptmethoden

Politische Entscheider, die arme Gemeinschaften erreichen wollen, haben verschiedene Möglichkeiten, diese zu identifizieren. Die Methoden lassen sich in diese sechs wichtigsten Kategorien einteilen:

1) Eine Bedürftigkeitsprüfung (means testing) zielt darauf ab, die Armen auf Basis monetärer Maßeinheiten – meist Einkommen oder Ausgaben – zu identifizieren. Alle Personen oder Haushalte unterhalb einer bestimmten Grenze gelten dann als arm und förderungswürdig.

2) Proxy-Bedürftigkeitstests (proxy means testing, PMT) legen nichtmonetäre Kriterien an wie Qualität der Wohnung, Art des Kochbrennstoffs im Haushalt oder Bildungsniveau. Diese Kriterien sollten

eng mit den verfügbaren monetären Maßeinheiten für Armut korrelieren.

3) Kategoriales Targeting nutzt nichtmonetäre Maßeinheiten wie Alter, Geschlecht und Behinderung. Diese sind leicht beobachtbar und schwer manipulierbar und werden daher von Politik und Öffentlichkeit eher akzeptiert.

4) Das geografische Targeting ordnet geographische Gegenden auf Basis einer oder mehrerer Maßeinheiten für Armut ein. Alle Einwohner dieser Gegenden sind potenziell förderungswürdig. Diese Methode wird häufig mit anderen Methoden kombiniert.

5) Selbst-Targeting bietet spezielle Anreize und/oder Abschreckungen für arme Menschen. Ein typisches Beispiel ist



Die indische Mahatma-Gandhi-Beschäftigungsgarantie für ländliche Gebiete richtet sich an einkommensschwache Haushalte: Frauen, die in Rajasthan zu Mindestlöhnen arbeiten.

die Schaffung von Jobmöglichkeiten für ungelernte Arbeiter zu Löhnen, die unter dem vorherrschenden Niveau oder sogar dem offiziellen Mindestlohn liegen. Ein anderes Beispiel ist die Subventionierung von minderwertigen Lebensmitteln, die angeblich nur Arme zu konsumieren bereit sind.

6) Gemeindebasiertes Targeting ermöglicht Gemeindegliedern zu beurteilen, wer armutsmindernde Un-

terstützung erhalten soll. Die Kriterien dafür können Regierungsbehörden oder Gemeinden festlegen.

In der Praxis wählt man meist zwei oder mehr Methoden für die verschiedenen Phasen. Über geografisches Targeting etwa kann man zunächst auf nationaler Ebene relevante Orte auflisten und dann über kategoriales Targeting die geeigneten Personen oder Haushalte auswählen. (jb)

Kostenlose Versorgung für extrem Arme

In Kambodscha ist rund jeder fünfte Mensch extrem arm. Arztrechnungen sind für sie unerschwinglich, und schon den Weg zum Krankenhaus können viele nicht bezahlen. Für beides kommt ein Gesundheitsfonds auf, der zum großen Teil von Kambodscha selbst finanziert wird.

Von Frank Bliss

Der kambodschanische Gesundheitsfonds für Arme (Health Equity Fund – HEF) ermöglicht rund 3 Millionen als extrem arm eingestuften Menschen – rund einem Fünftel der Bevölkerung – eine kostenfreie Gesundheitsversorgung. Die Voraussetzung für diese Versorgung, der sogenannte ID-Poor-Status, wird im Rahmen eines umfassenden Identifizierungsverfahrens vergeben. Damit will der Staat erreichen, dass deutlich weniger Haushalte als bisher durch Gesundheitsausgaben in noch tiefere Armut getrieben werden.

Die Wirkungen des Fonds, der in modifizierter Form seit dem Jahr 2000 besteht, sind positiv, wie eine Studie des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen ergab: Einerseits suchen nun sehr viele Kambodschaner, die sich zuvor gar keine medizinische Versorgung leisten konnten, die staatlichen Gesundheitseinrichtungen auf. Andererseits sind die dort angebotenen Leistungen in den letzten Jahren deutlich verbessert worden. Das liegt auch daran, dass ein Teil der Zahlungen aus dem HEF (60 Prozent der an die Einrichtungen gehenden Gebühren) als Boni an das Personal ausgezahlt wird. Die Gehälter können sich dadurch – je nach Einrichtung und Fallzahlen – um bis zu ein Drittel erhöhen, was die Motivation erheblich steigert.

Werdende Mütter und Frauen mit Kleinkindern profitieren in besonderem Maße vom HEF: von der Schwangerenbetreuung und kostenfreien Geburten in qualifizierten Gesundheitseinrichtungen bis zu einer umfassenden Nachbetreuung, die auch

Ernährungsberatung umfasst und damit das Problem weit verbreiteter Mangelernährung in Kambodscha gerade bei Kindern angeht (siehe meinen Beitrag in E+Z/D+C e-Paper 2018/05, S. 21). Zudem kann dadurch die Müttersterblichkeit reduziert und die Mangelernährung generell bekämpft werden.

Vor Einführung des HEF herrschte bei der medizinischen Versorgung in Kambodscha ein erhebliches Maß an Willkür. Einem Bericht des Netzwerks Medicus Mundi aus der Schweiz zufolge verdiente das Gesundheitspersonal lediglich zehn bis 20 Dollar im Monat, womit es die Lebenshaltungskosten in keiner Weise decken konnte. So



Andererseits gab und gibt es in Kambodscha viele private Gesundheitseinrichtungen, die vielerorts besser erreichbar sind als staatliche Kliniken. Im ländlichen Raum gewährleisten sie allerdings lediglich eine Versorgung bei kleinen Verletzungen und leichter Krankheiten. In den urbanen Zentren steht hingegen durchaus qualifiziertes Personal zur Verfügung, jedoch sind die Kosten für arme Haushalte hier kaum zu bezahlen. Eine Ausnahme bilden lediglich die Kinderkliniken, die auf Initiative des kürzlich verstorbenen Schweizer Kinder-



Patientenaufnahme in einem Distriktkrankenhaus.

musste das Einkommen „unter der Hand“ aufgebessert werden. Entsprechend hing die Motivation des Personals – und damit auch die Qualität der Leistungen – in den staatlichen Einrichtungen oftmals von der Höhe der „freiwilligen“ finanziellen Beiträge der Patienten ab. Wer dieses Geld nicht aufbringen konnte, bekam vom Staat keine oder nur eine sehr schlechte medizinische Versorgung.

arztes Beat Richner zurückgehen und kostenlose Behandlungen anbieten.

LEISTUNGEN FÜR ARME

Seit einigen Jahren steht das HEF-Angebot für Arme flächendeckend zur Verfügung, und seitdem hat sich die Situation grundlegend verbessert. Der Fonds ist Kernbestandteil eines größeren Programms, des Cambo-

dia Health Equity and Quality Improvement Project (H-EQIP), für das für fünf Jahre bis 2021 insgesamt 174,2 Millionen Dollar vorgesehen sind. Größter Geldgeber ist schon jetzt der kambodschanische Staat, und ab 2021 soll er es komplett selbst finanzieren. Deutschland ist bis dahin ebenfalls mit einem Zuschussanteil beteiligt.

Ziel ist, sowohl die Zahl der Gesundheitszentren zu erhöhen, als auch die Qualität ihrer Leistungen deutlich zu verbessern und ihre Nutzung durch arme Menschen, die im Rahmen des HEF gefördert werden, signifikant zu steigern. Die Aufwendungen für diese Patienten bekommen die Gesundheitszentren, die staatlichen Distrikt- und Provinzhospitäler sowie ein Spezialkrankenhaus in Phnom Penh nach einem festgelegten Schlüssel erstattet. Letzteres behandelt besonders schwere Fälle, die von den „normalen“ Krankenhäusern in der Hauptstadt und aus den Provinzen überwiesen werden.

Bedürftige, die den ID-Poor-Status (noch) nicht haben, weil sie während der Einstufungsrunde, die alle drei Jahre stattfindet, abwesend waren oder erst kürzlich in Armut geraten sind, können im Rahmen eines speziellen Aufnahmeverfahrens in den staatlichen Krankenhäusern ebenfalls kostenfreie Leistungen erhalten. Diese Möglichkeit soll künftig in das ID-Poor-Verfahren selbst integriert werden.

Die Erstattungsbeträge, die die Gesundheitseinrichtungen für HEF-geförderte Patienten erhalten, sind niedrig, aber stets an der Obergrenze der Tarife, die in den staatlichen Einrichtungen für selbstzahlende Patienten festgelegt sind. Die Leistungen werden einzeln abgerechnet, die Rechnungen monatlich einer Prüfstelle in Phnom Penh vorgelegt und dann von dieser zur Zahlung freigegeben. Damit das System funktioniert, ist es wichtig, dass 60 Prozent der Rechnungsbeträge an den HEF ebenso wie von den Einnahmen der selbstzahlenden Patienten an das Personal der Gesundheitseinrichtungen gehen. Der Rest wird überwiegend für den Unterhalt und Betrieb der Einrichtungen verwendet und ergänzt die eher knapp bemessenen staatlichen Zuweisungen.

MOTIVATION DURCH BONI

Für arme Menschen in abgelegenen Gebieten kann schon der Transport zum



Diagnose durch Fachärzte in einem Provinzkrankenhaus.

Krankenhaus unerschwinglich sein. Daher werden aus dem HEF auch Reisekosten bezahlt, und Begleitpersonen, die sich um die Kranken kümmern, können ein Tagelohn erhalten. In der Folge hat die Zahl HEF-geförderter Patienten vor allem in den Distrikt- und Provinzhospitälern sehr stark zugenommen.

Durch H-EQIP und vor allem den HEF haben sich die Ausstattung der Einrichtungen, die Qualität der angebotenen Leistungen sowie die Motivation des Gesundheitspersonals deutlich verbessert – wobei allerdings noch deutlich Luft nach oben ist. Die Motivationssteigerung der Mitarbeiter durch Boni-Direktzahlungen ist besonders relevant. In einzelnen Krankenhäusern betragen diese Boni 50 bis 100 Dollar im Monat und machen damit oft mehr als ein Drittel der staatlichen Gehälter aus. Krankenpfleger in manchen Gesundheitszentren kommen hingegen nur auf fünf Dollar Zusatzeinkommen bei einem Basiseinkommen von 150 Dollar im Monat. Positiv ist auch die Tatsache, dass die Boni vom Putzpersonal bis zum Direktor relativ egalitär verteilt werden und so auch kleine Einkommen substantiell aufbessern.

Der HEF zeigt, dass auch ein Land wie Kambodscha, das an der untersten Grenze des Status „mittleres Einkommen“ angesiedelt ist, ein soziales Sicherungssystem

aufbauen und finanzieren kann. Allerdings müsste nach Möglichkeiten gesucht werden, auch vulnerable Bevölkerungsgruppen zu fördern. Zusammen mit den Armen ist das mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Besonders dringend ist das für die „near poor“, die knapp oberhalb der Armutsgrenze lebenden Haushalte und Einzelpersonen.

LITERATUR

- Bliss, F., Hennecke, R., 2018: Wer sind die Ärmsten im Dorf? Mit dem ID-Poor-Ansatz werden die Armen in Kambodscha partizipativ und transparent identifiziert. AVE-Studie 9/2018. Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen. https://inef.uni-due.de/media/ave_09_wer_sind_die_aermsten_im_dorf.pdf
- Bliss, F., 2018: Gesundheitsfürsorge für die Ärmsten: Der „Health Equity Fund“ (HEF) in Kambodscha. (Health care for the poorest – the HEF in Cambodia) Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen.



FRANK BLISS
ist Professor für Ethnologie
an der Universität Hamburg
und freier
entwicklungspolitischer

Gutachter.
bliss.gaesing@t-online.de

Nationbuilding à la Bismarck

Sozialpolitik dient dazu, Armut zu verhindern und soziale Kohäsion zu sichern. Marktfundamentalisten bezeichnen sie aber gern als „unmodern“, denn Staaten sollten sich ihrer Meinung nach aus dem Wirtschaftsgeschehen heraushalten. Diese Sicht ist laut Markus Loewe vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik grundsätzlich falsch.

Markus Loewe im Interview mit Hans Dembowski

Es heißt oft, allenfalls reiche Volkswirtschaften könnten sich soziale Sicherungssysteme und Sozialhilfe für die Armen leisten. Stimmt das?

Nein, das Gegenteil ist richtig. Soziale Sicherungssysteme sind nicht der Lohn für erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung. Sie können diese befördern.

Bitte erklären Sie das.

Der entscheidende Punkt ist, dass arme Menschen, die keinerlei soziale Sicherung haben, zum Teil ein wenig sparen können, aber nicht investieren. Sie müssen sicherstellen, dass sie im Notfall etwas Geld haben, also legen sie etwas zurück. Sie würden aber nie dessen Verlust riskieren, und sie wollen jederzeit Zugriff auf ihre bescheidenen Ersparnisse haben. Diese fließen also nicht in den Wirtschaftskreislauf zurück – und bringen auch keine Zinsen. Wer dagegen weiß, dass Krankheit oder Jobverlust nicht zu existenzieller wirtschaftlicher Not führt, kann eher ökonomische Risiken eingehen – zum Beispiel, indem er einen kleinen Betrieb gründet oder in die Bildung seiner Kinder investiert. Wenn es keine Sicherheit gibt, scheuen Eltern das Risiko, ihre Kinder lange zur Schule zu schicken oder sie gar studieren zu lassen. Es scheint sicherer, möglichst schnell Geld zu verdienen. So entgeht der Volkswirtschaft ein großes Potenzial an Wissen, Fähigkeiten und Firmengründungen.

Wirtschaftsliberale Politiker warnen aber doch, soziale Sicherung verführe als „soziale Hängematte“ zu Faulheit. Obendrein seien marktkonforme private Lebens- und



Karikatur aus dem Jahr 1884.

Krankenversicherungen leistungsstärker als die staatliche Sicherung.

Diese Sicht mag theoretischen Modellen entsprechen, nicht aber der historischen Erfahrung. Tatsache ist, dass die deutsche Industrie nicht darunter litt, dass Otto von Bismarck in den 1880er Jahren die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung einführte. Im Gegenteil, sie stabilisierte Deutschland und ermöglichte so einen langen Aufschwung. Ähnlich hat die New-Deal-Politik von Präsident Franklin D. Roosevelt, zu der eine Kopie der Bismarck'schen Rentenversicherung gehörte, die Volkswirtschaft der USA aus einer tiefen Depression geführt, nicht hineingestürzt. Soziale Sicherung gehört somit zu den Grundlagen moderner Ökonomien. Obendrein können privatwirtschaftliche Modelle im Krisenfall überfordert sein. Marktversagen führte vor zehn Jahren mit dem Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers zur globalen Finanzkrise. Der Versicherungsgigant AIG gehörte zu den systemrelevanten Finanzunternehmen, die zahlungsunfähig wurden und von Regierungen gerettet werden mussten. Derweil trugen die viel geschmähten Arbeitslosenversicherungen und die staatlichen Sozialhilfesysteme dazu bei, dass viele Menschen trotz Jobverlusts nicht ins Nichts

stürzten. Und mehr noch: dass allen eine gewisse Kaufkraft verblieb, trug dazu bei, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht noch weiter einbrach. Ökonomen haben dadurch erkannt, dass soziale Sicherung ein wichtiger gesamtwirtschaftlicher Stabilisator ist.

Aber in Deutschland haben doch die Hartz-IV-Reformen, die das Arbeitslosengeld deutlich reduzierten, auch zu weniger Arbeitslosigkeit geführt, und die staatliche Rentenversicherung ist vom demographischen Wandel überfordert. Also ist die wirtschaftsliberale Kritik doch berechtigt?

Richtig ist, dass sich über einzelne Leistungen diskutieren lässt und es sinnvoll ist, Sicherungssysteme immer wieder anzupassen. Allerdings reicht es nicht, die Arbeitslosigkeit zu senken, wie wir in Deutschland sehen, denn wir haben jetzt eine hohe Zahl von Menschen mit schlecht bezahlter Beschäftigung, die trotz Berufstätigkeit armutsgefährdet sind. Und die privatwirtschaftliche Alterssicherung, die der Staat fördert, um die Rentenkasse zu entlasten, hat angesichts der seit der Finanzkrise extrem niedrigen Zinsen in den vergangenen zehn Jahren nicht gut funktioniert. Viele Bürger sind deshalb verunsichert, sie haben Angst vor dem sozialen Abstieg bei Jobwechsel oder im Alter. Auch dies hat zum Erstarken rechtspopulistischer Kräfte beigetragen. Ähnliche Entwicklungen sind auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten. Politische Stabilität beruht auf sozialer Sicherheit – und Märkte brauchen politische Stabilität, die sie aber nicht selbst schaffen können.

War Bismarck klar, welche wirtschaftliche Bedeutung seine Reformen hatten?

Vermutlich war sein Kalkül eher politisch. Bekannt ist ja, dass er die Sozialdemokratie kleinhalten wollte und sogar verbot. Er hoffte, die Sozialversicherungen würden Probleme lösen, welche die Arbeiterbewegung stark werden ließ. In dieser Hinsicht war seine Sozialpolitik aber nicht sonderlich erfolgreich. Die SPD wuchs weiter. In anderer Hinsicht aber war die Politik sehr erfolgreich. Als 1871 das Deutsche Reich entstand, empfanden sich viele Menschen als Württemberger, Bayern oder Rheinländer – aber nicht als Deutsche. Die Sozialversicherungen boten aber allen eine neue Art von Sicherheit. Das diente der Legitimation

des Reichs und führte zur Identifikation mit ihm. Im heutigen Sprachgebrauch war das Nationbuilding.

Lassen sich daraus heute Lehren ziehen?

Ja, und zwar besonders für Post-Konflikt-Situationen. Die Geberregierungen sollten dort den Aufbau sozialer Sicherungssysteme schnell und großzügig unterstützen.

Nach Gewaltkonflikten sind viele Menschen traumatisiert, verängstigt und von Hass und Rachewünschen erfüllt. Viele erleben große materielle Not, zugleich entsprechen Bildungs- und Gesundheitswesen nicht dem Bedarf. Eine Mindestsicherung oder staatliche Krankenversorgung für alle kann dazu beitragen, dass ein neues Verständnis von Solidarität und nationalem Zusammenhalt

entsteht – und dass eine neue Regierung als legitim erachtet wird.

Tun denn multi- und bilaterale Geber diesbezüglich genug?

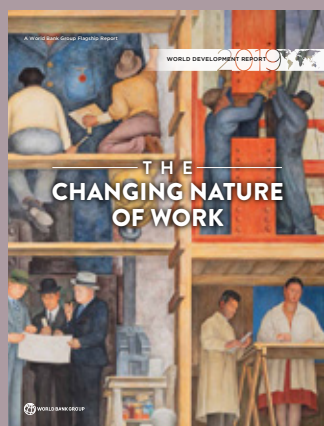
Nein, denn die Vorstellung bleibt weit verbreitet, vorrangig seien Investitionen in Wirtschaft und physische Infrastruktur, damit es wieder aufwärtsgeht. Die Bedeutung der

Wichtige Staatsaufgaben

Die Titel des neuen Weltentwicklungsberichts der Weltbank lautet frei übersetzt „Arbeit im Wandel“. Er fordert unter anderem, Staaten sollten sich stärker in der Bildung von Humankapital, der sozialen Sicherung und der Eintreibung von Steuern engagieren. Das strategische Konzept zielt sowohl auf informelle Beschäftigung als auch auf die digitale Ökonomie ab.

Der internationale Gewerkschaftsbund ITUC kritisiert die aktuelle Weltbank-Studie als allzu marktradikal. Sie fordert nämlich, alles zuzulassen, was Arbeitgeber und Beschäftigte miteinander vereinbaren. In anderer Hinsicht ist der World Development Report (WDR) sehr staatsorientiert. Denn ihm zufolge sind Regierungen dafür verantwortlich, dass alle Menschen sozial abgesichert werden, dass alle Kinder gute Entwicklungschancen bekommen und dass für solche Zwecke ausreichend Steuern erhoben werden.

Der Ausgangspunkt ist, dass moderne Technik Arbeitsplätze überflüssig macht, so dass Sorgen über langfristige Arbeitslosigkeit begründet sind. Die Autoren halten diese allerdings für übertrieben. Sie gehen davon aus, dass einfache und repetitive Aufgaben zunehmend von Robotern und



<http://www.worldbank.org/en/publication/wdr2019>

künstlicher Intelligenz übernommen werden, zugleich aber anspruchsvolle neue Jobs entstehen (siehe Kumpf in E+Z/D+C e-Paper 2018/10, S.24). Ob das so kommt, bleibt abzuwarten. Fest steht aber, dass der technische Fortschritt sowohl die Arbeitsmarktnachfrage als auch die Beschäftigungsverhältnisse verändert.

Immer wichtiger werden laut WDR kognitive Fähigkeiten, Sozialkompetenz und besondere Kombinationen von Qualifikationen. Entsprechend müssten Regierungen die Bildung von Humankapital fördern. Konkret gehe es um:

- die Sicherstellung der Gesundheit von Mutter und Kind (einschließlich guter Ernäh-

rung, angemessener Sanitärversorgung et cetera),

- Vorschulerziehung und
- hochwertige Schulbildung.

Mit Blick auf die Beschäftigungsbeziehungen warnt der WDR, Selbständigkeit und kurzfristige Verträge nähmen in hochentwickelten Ländern sowie in Hightech-Branchen zu. Zudem hänge die Beschäftigungsfähigkeit von lebenslangem Lernen ab, während lebenslange Festanstellung bei einer einzigen Firma immer seltener werde. Entsprechend müsse soziale Sicherung neu konzipiert werden.

Die Fachleute von der Weltbank fordern für alle ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, unabhängig von der jeweiligen Beschäftigungssituation. Sinnvoll seien garantierte Mindesteinkommen und allgemeiner Zugang zu Krankenversicherungen. Beides würde auch dazu dienen, die Lage all der Menschen zu verbessern, deren Lebensunterhalt in Entwicklungs- und Schwellenländern auf dem informellen Sektor beruht. Ihr Anteil betrage im Lateinamerika 50 Prozent und in Afrika sogar 70 Prozent.

Das Standardmodell der sozialen Sicherung in hochentwickelten Industriegesellschaften passt weder zum informellen Sektor noch zur digitalen Wirtschaft, wie der WDR urteilt. Es finanziert Sozialversicherungen mit Sozial-

abgaben, die von der Lohnhöhe abhängen. Entsprechende Leistungen bekommt nur, wer eingezahlt hat. Im Gegensatz dazu fordert die Weltbank universelle Schutzsysteme, die alle Bürger absichern, besonders auf arme Menschen achten und aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert werden. Wenn Gewerkschaften derlei ablehnen, beweist das, dass sie sich nicht für das Schicksal aller Werktätigen interessieren, sondern nur auf die Interessen der Festangestellten achten. In welchem Maße das WDR-Konzept künftige Weltbank-Politik leiten wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Um die gesellschaftspolitischen Aufgaben erfüllen zu können, brauchen Staaten offensichtlich Geld. Die Weltbank-Autoren schlagen vor, Steuergesetze zu verbessern und konsequenter anzuwenden (siehe E+Z/D+C-Schwerpunkt im e-Paper 2018/01). Alle Steuerarten von Mehrwertsteuer über Einkommensteuer bis hin zu Vermögenssteuern seien zu berücksichtigen.

Der WDR geht nicht ausführlich auf Fragen der Umverteilung von Einkommen ein. Er spricht sich nicht konsequent für progressive Besteuerung aus, die höhere Einkommen stärker belastet. Klar ist indessen, dass jede Art erfolgreicher, staatsfinanzierter Armutsprävention letztlich Umverteilung erfordert. Hans Dembowski

sozialen Infrastrukturen wird systematisch unterschätzt. Das gilt generell für Länder mit niedrigen Einkommen. Es zeichnet sich aber langsam ein Sinneswandel ab. In Bolivien, Lesotho, Namibia, Mauritius und Botswana gibt es mittlerweile soziale Grundrentensysteme für alte Menschen. Die Erfahrung zeigt, dass diese Systeme absolute Altersarmut erheblich reduzieren, was wiederum Angehörige entlastet, die entsprechend mehr Zeit, Kraft und Geld für die Kinder haben.

Ist es sinnvoll, Hilfsleistungen nur bestimmten Zielgruppen zukommen zu lassen – das Stichwort heißt „Targeting“ – oder ist es besser, Basisleistungen für alle Bürger zu finanzieren?

Targeting erscheint vernünftig, ist in der Praxis aber oft schwer umsetzbar. Der Verwaltungsaufwand ist hoch, und am Ende profitieren fast immer Angehörige der Mittelschicht mindestens genauso wie die Bedürftigsten. Meist sind pauschale Leistungen für alle unter Verteilungsgesichtspunkten sogar besser. Sie müssen nicht sehr hoch liegen und können für die Ärmsten dennoch eine große Unterstützung darstellen. Selbstselektion kann auch funktionieren. Wenn für körperliche Arbeit ein Mindestlohn versprochen wird, melden sich nur diejenigen, die darauf angewiesen sind.

Sind bedingungslose Leistungen sinnvoll, oder sollte nicht im Gegenzug etwas gefordert werden?

Arbeitsfähigen Menschen kann durchaus etwas abverlangt werden. Sozialleistungen für alte Menschen und Kinder sollten jedoch bedingungslos sein. Wenn – wie in

Brasilien oder Mexiko zum Beispiel – Sozialhilfe an die Bedingung geknüpft wird, dass alle Kinder eines Haushalts zur Schule gehen und geimpft werden, sollte dies nicht zu streng ausgelegt werden. Es ist niemandem damit gedient, wenn eine Familie schnell aus dem Hilffsystem fliegt. Die Forschung zeigt, dass Eltern in aller Regel sehr genau wissen, was gut für ihre Kinder ist, so dass Konditionierung in der Praxis oft nicht viel bewirkt. Allerdings finden manche Mütter die Konditionierung gut, weil sie ihnen bei der Diskussion mit den Vätern hilft, zu rechtfertigen, dass Schulgeld und Impfkosten gezahlt werden.

Sozialpolitiker unterscheiden gern zwischen steuer- und beitragsfinanzierten Sicherungssystemen. Erstere werden aus dem nationalen Haushalt finanziert. So funktionieren das britische System sowie die skandinavischen Sozialstaaten. Bismarck finanzierte dagegen spezialisierte staatliche Versicherungen mit Zwangsbeiträgen, deren Höhe von den Löhnen abhing. Dieses Modell wurde vielfach kopiert – unter anderem in Frankreich, Italien und den USA, wo die Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung „Payroll tax“ heißen. Was ist besser: Steuer- oder Beitragsfinanzierung? Beides hat Stärken und Schwächen. Der größte Nachteil der Beitragsfinanzierung ist, dass sie nur dort ohne weiteres funktioniert, wo Beschäftigungsverhältnisse weitgehend formalisiert sind. In afrikanischen Ländern arbeiten aber teilweise noch 90 Prozent aller Menschen im informellen Sektor. Beitragsfinanzierte Systeme erreichen diese Menschen nicht, steuer-

finanzierte Systeme hingegen durchaus. Zudem belasten steuerfinanzierte Systeme Menschen umso mehr, je größer ihre Wirtschaftskraft wird – zumindest wenn sich der Staat vor allem aus direkten Steuern finanziert. Beitragsfinanzierte Systeme hingegen wenden bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze denselben Prozentsatz auf alle Einkommen aus unselbständigen Erwerbsbeschäftigungsverhältnissen an. Daraus folgt, dass Steuerfinanzierung zwar stärker dazu beiträgt, Ungleichheit nicht eskalieren zu lassen, aber politisch auch schwerer durchzusetzen ist. Beitragsfinanzierte Systeme haben oft ein viel größeres Budget als steuerfinanzierte Systeme, was auch gewünscht ist. Klar ist aber in jedem Fall, dass beitragsfinanzierte Systeme wenig hilfreich sind, wo informelle Beschäftigung die Norm ist. Bezeichnenderweise spricht sich die Weltbank für universelle, steuerfinanzierte soziale Sicherung aus. Ihrem aktuellen World Development Report zufolge ist das nötig, um den informellen Sektor abzudecken – und weil künstliche Intelligenz, Roboter und Automatisierung konventionelle Beschäftigungsmodelle erodieren lässt (Hinweis der Redaktion: siehe Kasten, S. 30). Die Stabilität von Gesellschaft hängt nämlich von der Inklusion aller ab – und zwar unabhängig vom Beschäftigungsstatus. Klar ist jedenfalls, dass die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele der UN ohne kompetente Sozialpolitik nicht verwirklicht werden können.

Brauchen wir so etwas wie internationale Sozialpolitik, weil Armut und Ungleichheit grenzüberschreitende Probleme sind?

Darüber wird immer wieder nachgedacht. Reichere Länder könnten beispielsweise die Sozialpolitik ärmerer Länder subventionieren, oder mehrere Länder könnten gemeinsame Sozialversicherungen einrichten. Beides ist aber politisch sehr schwer zu vermitteln, die Widerstände wären riesig. In gewissem Umfang wird aber die Sozialpolitik in Entwicklungsländern bereits von Gebern subventioniert. Hier sollte mehr getan werden, weil Sozialausgaben durchaus Investitionen in die ökonomische und politische Zukunft dieser Länder darstellen.



Namibia hat eine Mindestrente eingeführt: Alter Mann in Damaraland.



MARKUS LOEWE
ist Wissenschaftler am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik.
markus.loewe@die-gdi.de

Missglückte Reform

Dank einer enormen Kapitalerhöhung kann die Weltbank künftig jährlich rund 40 Prozent mehr Kredite vergeben. Das klingt zunächst gut, da man erwartet, dass diese Mittel für ihre beiden wichtigsten Ziele eingesetzt werden, extreme Armut zu beseitigen und gemeinsamen Wohlstand zu fördern. Genauer betrachtet zeigt sich aber: Die Politik der Weltbank wird die Ungleichheit vertiefen, die Umweltzerstörung beschleunigen und weiter zur Marginalisierung der ärmsten Gemeinschaften beitragen.

Von Korinna Horta

Im April wurde die Kapitalaufstockung beschlossen (siehe Kasten nächste Seite). Leider geht sie mit neuen Umwelt- und Sozialstandards einher, die bisherige Standards schwächen und Mechanismen zur Kontrolle und Rechenschaftspflicht verringern. Das neue Entwicklungsparadigma konzentriert sich zudem darauf, öffentliche Mittel zu nutzen, um an privates Kapital zu kommen.

Zweifelloos kann und muss der Privatsektor zur Entwicklung beitragen. Der

aktuelle Diskurs ist aber verzerrt. Es ist Unsinn, anzunehmen, dass private und öffentliche Interessen prinzipiell übereinstimmen. Staat und Markt sind komplementäre Institutionen, die eine kann die andere nicht ersetzen. Die Marktkräfte, die private Interessen verfolgen, sind nicht immer dem öffentlichen Wohl am dienlichsten. Blindes Vertrauen ist nicht angebracht, denn Investoren wollen nun mal ihre Gewinne maximieren. Nutzt man öffentliche Mittel, um an privates Kapital zu gelangen, ist eine starke Kontrolle nötig, die die öffentliche Rechenschaftspflicht sicherstellt. Deshalb sind die verwässerten Sozial- und Umweltstandards der Weltbank so problematisch.

Internationale Finanzinstitutionen (IFI) halten zunehmend die Mobilisierung privaten Kapitals für den Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Die G20 bekräftigt diese Haltung und sie spiegelt sich in der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung wider. Die Idee ist, die Milliarden an Finanzmitteln anzuzapfen, die auf der Suche nach rentablen Anlagen um die Welt gehen. Die

Weltbank nennt das „Maximierung der Entwicklungsfinanzierung“.

Die Bank plant, risikoreiche Projekte stärker zu unterstützen und in politisch fragilen Ländern mehr zu tun. In beiden Fällen sind zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Watchdogs, allerdings sind sie vielerorts zunehmend gefährdet. Aktivisten riskieren oft ihre persönliche Sicherheit, wenn sie sich dafür einsetzen, schutzbedürftige Minderheiten und die Umwelt vor schädlichen Folgen großer Infrastrukturprojekte wie Staudämmen, Bergbau oder Autobahnen durch unberührte Wälder zu schützen. Oft werden Umweltschützer und Menschenrechtler beschuldigt, „ausländischen Interessen“ zu dienen oder gar „Terroristen“ zu sein. Faktisch kämpfen sie für das Gemeinwohl und internationale Organisationen sollten mit ihnen kooperieren. Internationale Finanzinstitutionen, die umstrittene Projekte unterstützen, haben keine wirksamen Mittel zum Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten.

UNGENÜGEND STRENGE REGELN

Das neue Umwelt- und Sozialrahmenwerk (Environmental and Social Framework – ESF) trat am 1. Oktober kurz vor dem Jahrestreffen der Weltbank auf der indonesischen Insel Bali in Kraft. Das ESF



Indigene demonstrieren 2013 gegen ein Infrastrukturprojekt in Brasília.

ersetzt die bestehenden verbindlichen Umwelt- und Sozialschutzmaßnahmen. Eine Reform war fällig, aber diese ist gründlich misslungen.

Das alte Rahmenwerk deckte einige wichtige Themen, wie etwa Arbeit, nicht ab. Die Standards wurden – vorsichtig ausgedrückt – auch nicht überzeugend durchgesetzt. Aber mit der Ursache fehlender Implementierung hat man sich nie ernsthaft auseinander gesetzt.

Das neue ESF enthält einige Vorgaben gegen die Diskriminierung von Minderheiten und Arbeitsstandards. Allerdings nimmt es keinerlei Bezug auf die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und andere internationale Abkommen, die Grundrechte festlegen. Aber der Preis für die neuen Standards, die Transparenz-, Aufsichts- und Rechenschaftspflicht enorm schwächen, ist hoch.

Seit Jahren fordert die bankeigene Independent Evaluation Group (IEG), Umwelt- und Sozialrisiken über das gesamte Portfolio der Weltbankgruppe hinweg konsequenter anzuwenden. Das ESF gilt nur für die Projektfinanzierung, nicht aber für den großen Bereich der Kreditvergabe für politische Reformen, bekannt als Entwicklungspolitische Finanzierung (Development Policy Finance – DPF). Diese betrifft oft sozial und ökologisch sensible Sektoren wie Bergbau, Forstwirtschaft oder Strom. Bisweilen vergibt die Bank bis zu 40 Prozent ihrer jährlichen Kredite für DPF. DPF geht in der Entwicklung der Infrastruktur oft mit

öffentlich-privaten Partnerschaften einher, obwohl nicht glaubhaft belegt ist, dass solche Maßnahmen Armut wirklich reduzieren oder ökologisch nachhaltig sind.

Ein gebräuchlicher ESF-Begriff ist „risikobasiertes Management“. Risiken müssen demnach nicht mehr im Voraus identifiziert werden; man muss mit ihnen nur noch umgehen, wenn sie während eines Projekts auftreten. Früher mussten Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) öffentlich gemacht werden, ehe der Verwaltungsrat der Bank sie genehmigen konnte. Dass UVPs nicht mehr vor der Projektvergabe obligatorisch sind, widerspricht den Empfehlungen der IEG sowie des Inspection Panel der Bank.

ÖFFENTLICHE KONTROLLE

Eine weitere gefährliche Neuerung ist, dass das ESF die nationalen Umweltstandards kreditnehmender Länder akzeptiert, sofern diese weitgehend mit den ESF-Zielen übereinstimmen. Es ist zwar sinnvoll, lokale Kapazitäten zu stärken, aber diese Politik ist äußerst riskant, da das ESF nicht darlegt, wie die Übereinstimmung erlassen werden soll. Das ist ein gefährliches Manko. Erfahrungsgemäß tendieren viele Regierungen dazu, selbst kodifizierte Rechte armer Menschen, die wegen Infrastrukturprojekten vertrieben wurden, mit den Füßen zu treten – besonders wenn es sich um ethnische oder religiöse Minderheiten handelt. Es ist zu befürchten, dass das ESF sich als Rhetorik ohne jeglichen Biss erweist.

Bis heute vergeben Mitgliedsregierungen Gelder an multilaterale Banken und verlassen sich auf Erfolgsberichte, die diese Banken verfassen. Das reicht nicht. Regierungen und Gesetzgeber müssen genauer prüfen, was die bereitgestellten Mittel bewirken. Eine weitere Marginalisierung der ärmsten Gemeinden und weitere Umweltzerstörung sind inakzeptabel. Die Weltbank muss seriös beaufsichtigt und nicht einem Autopiloten überlassen werden.

Bis heute genießen die Weltbank und ihre Schwesterinstitutionen absolute Immunität. Gegen sie können keine Gerichtsverfahren angestrengt werden. Im Mai 2018 akzeptierte der Oberste Gerichtshof der USA aber einen Fall, den indische Fischer und Bauern gegen die International Finance Corporation (IFC), die Privatsektortochter der Weltbankgruppe, anführten. Sie klagten, dass 450 Millionen Dollar ihres Geldes in ein Kohlekraftwerk investiert wurden, das wichtige Wasserquellen vernichtet, Fischbestände dezimiert, Pflanzen vergiftet und in den umliegenden Gemeinden zu Atemproblemen führt.

Dieser Fall könnte Folgen haben. Wie er auch ausgehen mag, es ist Aufgabe der Regierungen, IFIs zur Verantwortung zu ziehen.



KORINNA HORTA
ist eine unabhängige
Wissenschaftlerin und
Forscherin an der Universität
von Lissabon.

korinna.horta@gmail.com

Gefährliche Änderungen

Im April 2018 einigten sich die Mitgliedsregierungen der Weltbank darauf, ihr mehr Geld zu geben. Das Grundkapital steigt damit um mehr als 60 Milliarden Dollar. Das ist eine gewaltige Erhöhung von beinahe 40 Prozent, wenn man die jährlichen Zusagen der Weltbankgruppe von fast 62 Milliarden Dollar im Jahr 2017 betrachtet.

Davon profitieren zwei Zweige der Weltbank: die IBRD

(Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) und die IFC (International Finance Corporation). Die IBRD vergibt Kredite an Länder mit mittlerem Einkommen, die IFC fördert privatwirtschaftliche Investitionen. Mehr Kapital heißt, die Bank kann auf internationalen Märkten mehr Mittel beschaffen. Wie alle Banken leiht sie sich Geld, um Kredite vergeben zu können.

Im selben Monat hat die Weltbanktochter IDA (International Development Association) ihre erste Anleihe ausgegeben. Die IDA vergibt Darlehen und Zuschüsse an die ärmsten Länder. Bisher waren IDA-Kredite konzessionär, was bedeutet, dass sie nicht oder nur niedrig bezinst waren. Die neue Scale-up-Einrichtung der IDA wird den ärmsten Ländern jedoch künftig wie die IBRD marktbierte Zinssätze anbieten, denn private Anleger erwarten Renditen. Ob die betroffenen Länder solche Zinsen für

Infrastruktur zahlen können, ist fraglich.

Laut Weltbankpräsident Jim Yong Kim werden die neuen IDA-Fonds „den Entwicklungsverlauf der ärmsten Länder verändern“. Es ist zu befürchten, dass künftig nur noch Infrastruktur aufgebaut wird, die den Interessen der Unternehmen dient, ohne Rücksicht auf die schwächsten und ärmsten Gemeinschaften. Denn Kredite bedienen können die, die ganz am Rande der Gesellschaft stehen, nicht. (kh)



Junge Beniner sind zumeist schlecht auf den Beruf vorbereitet. Friseur, Schneider und Polsterei in Ouidah.

Bildung für sozialen Aufstieg

Bildung ist ein bestimmender Faktor für Ungleichheit – und für ihre Überwindung. Sie kann sozialen Aufstieg ermöglichen und die Geschlechtergerechtigkeit verbessern. Die Politik muss für einen breiten Zugang zu Bildung sorgen und deren Qualität sicherstellen.

Von Katja Dombrowski

Gute Bildung ist als Wachstumsmotor seit langem im Fokus der Entwicklungspolitik. Während die im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs) der UN noch auf höhere Einschulungsraten setzten, konzentrieren sich die 2015 nachgefolgten Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) auf die Verbesserung der Qualität von Bildung. Wo die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Bildungsbereich groß ist, sollten

bessere Bildungsmöglichkeiten vor allem für Mädchen geschaffen werden. Auch dieses Ziel war bereits Teil der MDGs.

Entscheidender Faktor ist auch, ob das Bildungssystem sozialen Aufstieg ermöglicht – oder im Gegenteil bestehende Verhältnisse zementiert. Wenn alle Kinder unabhängig von ihrem familiären Hintergrund die gleichen Chancen haben, ist die soziale Mobilität besonders groß. Nicht nur die schulische Leistung bestimmt, ob und wo ein Schüler nach der Grundschule weitermacht. Eine wichtige Rolle spielen beispielsweise auch Schulgebühren, die Entfernung weiterführender Schulen vom Wohnort und generell die finanziellen Möglichkeiten der Familie.

Fabian Königs von der Universität Jena und Jakob Schwab vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) haben weitere Faktoren identifiziert. Sie haben soziale Mobilität zwischen den Generationen

in Indien, Peru, Äthiopien und Vietnam untersucht. Bildung dient ihnen als Indikator für sozialen Aufstieg.

Die Forscher haben den Einfluss von fünf Faktoren auf den Schulerfolg von Kindern untersucht:

- die Zeit, die Kinder mit häuslicher und Erwerbsarbeit verbringen,
- ihr Gesundheitszustand,
- die Dauer ihres Schulwegs,
- die Anzahl der Kinder in der Familie und
- ihre kognitiven Fähigkeiten.

Alle diese Gründe haben mit Armut zu tun. Die Studie zeigt, dass Kinder aus armen Haushalten eine um ein Fünftel niedrigere Chance haben, eine weiterführende Schule abzuschließen, als Kinder aus durchschnittlichen Haushalten.

Der Hauptgrund dafür waren schlechtere kognitive Fähigkeiten der armen Kinder: Ihr Anteil an der schlechteren Schullaufbahn betrug 15 Prozent. Kinderarbeit beeinflusste die Schullaufbahn zu 12 Prozent und viele Geschwister zu acht Prozent.

„Bei Mädchen ist die soziale Immobilität etwas höher als bei Jungen“, sagte

Könings auf der diesjährigen Konferenz des Poverty Reduction, Equity and Growth Networks (PEGNet) im Oktober in Cotonou, Benin. Zudem wirkte sich die Anzahl der Kinder im Haushalt nur auf Mädchen aus. In einer überarbeiteten Version der noch unveröffentlichten Studie werden auch die Faktoren Kinderheirat und eigene Bildungsziele der Kinder mit einbezogen.

EHERGEIZ ALS FAKTOR

Leonard Wantchekon, der Professor an der Princeton University in den USA ist und die African School of Economics in Benin leitet, weist darauf hin, dass außer der ökonomischen Situation der Eltern noch weitere Faktoren die soziale Mobilität beeinflussen. Er untersuchte die Entwicklung innerhalb von drei Generationen in Benin, ausgehend von der ersten Generation, die überhaupt eine Grundschule besucht hat. Beispiel für sozialen Aufstieg fand er sowohl in der zweiten als auch in der dritten Generation.

Es gab auch Fälle sozialen Abstiegs. Oft lag das daran, dass Betroffene finanzielle und soziale Risiken vermieden hatten und deshalb Bildungs- und Berufschancen nicht nutzten. Weitere Gründe für niedrigeres Einkommen in der dritten Generation waren psychische Probleme, eine negative Lebenseinstellung und weniger Eigenständigkeit.

„Ziele und Anstrengungen spielen eine große Rolle“, betont Wantchekon. Er selbst ist das beste Beispiel für gelungenen sozialen Aufstieg: Sein Großvater gehörte zu der ersten Generation im Dorf, die eine Schule besuchte, sein Onkel war Manager bei der Eisenbahn, und er selbst brachte es zum Wirtschaftsprofessor an einer US-Eliteuniversität. Wantchekon vertritt die These, dass Schulbildung in der Großelterngeneration dazu führt, dass die Enkel sich ehrgeizige Ziele setzen und Risiken in Kauf nehmen.

61 PROZENT OHNE SCHULBILDUNG

Die Einschulungsraten in Benin sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen (siehe auch Janina Meister in E+Z/D+C e-Paper 2018/07, S. 18). Die Mehrheit kommt allerdings nicht über die sechsjährige verpflichtende Grundschulbildung hinaus. Nur 16 Prozent der Mädchen und Jungen in Benin besuchen eine weiterführende Schule,



le, und nur drei Prozent machen eine Hochschulausbildung. 61 Prozent der Menschen haben gar keine Schulbildung.

Andreas König, Landesdirektor der GIZ in Benin, kritisiert zudem, dass das Bildungssystem in dem kleinen frankophonen Land – wie in anderen Teilen Subsahara-Afrikas auch – nicht auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet sei. Nur drei Prozent der weiterführenden Schulen seien Berufsschulen. Viele der Absolventen arbeiteten später im informellen Sektor. Große Herausforderungen bestünden in der Qualität dieser Schulen und darin, das Berufsbildungssystem zu finanzieren. Das UN-Ziel, niemanden zurückzulassen, sei in Benin schwer zu erreichen.

Vor allem Frauen und Mädchen haben es schwer. Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Bildungsbereich ist in weiten Teilen Subsahara-Afrikas groß, und so legt die Regierung von Benin schon seit den 1990er Jahren einen besonderen Schwerpunkt auf die Schulbildung von Mädchen. Zu den Maßnahmen gehören unter anderem Aufklärungskampagnen, Weiterbildung von Lehrern im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit im Unterricht sowie spezielle Wettbewerbe und Preise für Schülerinnen.

Seit 2007 gibt es ein Programm, in dem Mädchen von Schulgebühren in weiterführenden Schulen nach der Grundschule (Klasse sieben bis zehn) befreit werden, seit 2010 ist es landesweit implementiert. Leonie Koumassa von der African School of Economics hat die Wirkungen des Programms untersucht und mehrere positive Effekte festgestellt: Deutlich mehr Mädchen wurden eingeschult, die Anzahl der Jahre, die Mädchen die Schule besuchen, nahm zu, und es gab weniger Abbrecherinnen. Zudem setzten Mädchen sich im Durchschnitt höhere berufliche Ziele.

Für überraschend hält Koumassa einen Nebeneffekt der Mädchenförderung: „Es gingen auch mehr Jungen zur Schule.“ Möglicherweise liege das daran, dass den Familien durch die weggefallenen Schulgebühren für Mädchen insgesamt mehr Geld zur Verfügung stehe. Die Gebühren liegen nach Angaben der Wissenschaftlerin je nach Region bei etwa 14 bis 30 Euro pro Jahr. Hinzu kämen Materialkosten. „Das ist für arme Familien viel Geld, vor allem, wenn sie viele Kinder haben.“

Allerdings traten auch deutliche Schwächen bei der Umsetzung der Bildungspolitik zutage. Die Regierung erstattete den Schulen zwar Mittel, die diesen wegen der Gebührenfreiheit für Mädchen fehlten – aber nicht in vollem Umfang und auch erst am Ende des Schuljahres. So entstanden finanzielle Engpässe für die Schulen. Außerdem führten die gestiegenen Schülerzahlen zu größeren Klassen. „50 Kinder pro Klasse sind keine Seltenheit“, sagt Koumassa. Die Lehrerschaft sei nicht erhöht worden, und es mangle auch an Räumen. Die Qualität des Unterrichts nahm insgesamt ab, und die Kinder erbrachten schlechtere Leistungen. Solche Probleme werden sich voraussichtlich angesichts des großen Bevölkerungswachstums in Benin noch verschärfen.

Koumassa fordert von der Regierung, die Umsetzung der grundsätzlich sinnvollen Mädchenförderung zu verbessern und unter anderem in Infrastruktur und Lehrerbildung zu investieren. Sie betont, dass mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Bildung auch andere Bereiche positiv beeinflusst, etwa die Gesundheit und Ernährung von Kindern. Letztlich wirkt sie sich, ebenso wie bessere Bildung, insgesamt positiv auf die nachhaltige Entwicklung eines Landes aus.



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von
E+Z/D+C.
euz.editor@fazit-
communication.de

Die im Text erwähnten Forschungsarbeiten sind bisher unveröffentlicht und wurden auf der Konferenz zum Thema „Verbesserung der Qualität von Bildung und Lernergebnissen in Entwicklungsländern“ des Poverty Reduction, Equity and Growth Networks (PEGNet) in Zusammenarbeit mit der African School of Economics (ASE) am 11. und 12. Oktober in Cotonou, Benin, vorgestellt.

Bildung als Schlüssel

Sambia ist ein sehr ungleiches Land. Bis 2014 gehörte es zu den 10 am schnellsten wachsenden Ökonomien Afrikas, aber diese Entwicklung spiegelte sich nicht in höherem Lebensstandard für normale Bürger wider. Das Land rangiert in den Top 10 der ungleichsten Gesellschaften. Zwei Drittel der 17 Millionen Einwohner leben unterhalb der Armutsgrenze. Der Bildungsaktivist Frank Masanta Jr. setzt sich für einen Wandel ein, indem er eine Grundschule für benachteiligte Kinder, die Sun-spring Charity School, in Sambias Hauptstadt Lusaka betreibt.

Frank Masanta Jr. im Interview mit Sabine Balk

Wie hängt Bildung mit sozialem Aufstieg zusammen?

In einer Gesellschaft mit höherem Bildungsstandard gibt es mehr Unternehmen und Innovation, und mehr Individuen arbeiten daran, Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu finden. Außerdem hilft Bildung armen Menschen, einen höheren sozialen Status zu erlangen. Gebildete Menschen erfahren weniger Diskriminierung und haben mehr Chancen im Leben. In Sambia haben wir Pflichtfächer in den Lehrplänen der Pri-

mär- und Sekundarstufe. Schüler werden in Grundfächern unterrichtet und lernen Fähigkeiten und ein Verhalten, das ihnen hilft, die soziale Leiter aufzusteigen und eine Wirkung in der Gesellschaft zu erzielen.

Wie gut ist das staatliche Schulsystem?

Nicht gut. Sambia kommt nicht annähernd an die 20 besten Schulen heran. Unser Lehrplan wird zwar als einer der besten in Afrika betrachtet, aber das staatliche Schulsystem ist trotzdem schlecht. Laut der Washingtoner Brookings Institution hinkt der Bildungsstandard in Entwicklungsländern denen der Industrieländer 100 Jahre hinterher. Ein gutes Bildungssystem braucht entsprechende Finanzierung, und die haben wir nicht. Deshalb schicken Sambier ihre Kinder lieber auf Privatschulen.

Was sind die Defizite an staatlichen Schulen?

Sie fördern nicht die Fähigkeiten benachteiligter Schüler, wie solche mit Behinderung. Es gibt Geschlechterdisparitäten und einen großen qualitativen Unterschied zwischen Stadt und Land. Einige Kinder gehen nicht zur Schule, weil der Weg zu weit ist und es keine Transportmöglichkeit dorthin gibt.

Und, auch wenn die Regierung eine kostenfreie Grundschulbildung anbietet, gibt es doch versteckte Kosten wie die für Bücher oder Schuluniform oder Testgebühren. Auch diese geringen Kosten machen einen Unterschied, in einem Land, wo die Mehrheit der Bevölkerung von der Kaufkraft von weniger als einem Dollar pro Kopf und Tag lebt. Vielen öffentlichen Schulen fehlt es auch an Fachräumen, Bibliotheken, Möbeln und Computern. Die Lehrer-Schüler-Rate ist unakzeptabel. Es gibt nicht genügend Lehrer, während die Schülerzahlen immer weiter steigen. Zu einem guten Schulsystem gehören adäquate Ressourcen, qualifizierte und motivierte Lehrer sowie Klassenräume und Bücher für jedes Kind. Die Folge ist, dass fast 90 Prozent der Kinder zwischen sechs und 14 Jahren in Sambia nicht richtig lesen und rechnen können. Arme Kinder, allen voran Mädchen, gehen massenhaft frühzeitig von der Schule ab.

Welche Privatschulen gibt es in Sambia, und wer schickt seine Kinder da hin?

Es gibt zwei Arten von Privatschulen: gewinnbringende und Non-profit-Schulen. Letztere kommen eher den Armen zugute, haben aber einen schlechten Ruf, weil sie finanziell unzureichend ausgestattet sind. Die meisten armen Leute schicken ihre Kinder auf sogenannte Gemeindeschulen. Diese sind privat, verlangen aber nur geringe Gebühren. Manche Arme können sich aber nicht einmal das leisten. Es gibt auch teure,



Unterricht in der Sun-spring Charity School in Lusaka, Sambia.

gewinnbringende, vor allem internationale Privatschulen. Sie dienen hauptsächlich den wenigen Privilegierten wie Kindern von Politikern, Unternehmen und ausländischen Diplomaten und ausländischen Gemeinden wie Indern, Weißen oder Chinesen. Einige teure Schulen richten sich nach dem sambischen und/oder dem internationalen Lehrplan.

Wie wichtig ist Englisch als Unterrichtssprache und im Arbeitsleben?

Sehr wichtig. Englisch ist das Tor zu weltweiten Interaktionen. Einer von fünf Menschen auf der Welt spricht Englisch. Es ist Amtssprache in Sambia. Wir haben 72 Sprachen, und deshalb ist Englisch sehr wichtig als sprachliches Bindeglied, sowohl in Schulen, in der Wirtschaft und auch im Allgemeinen. Die Sprache dominiert Politik, Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und die Medien. Ich habe noch keine Website in einer sambischen Sprache gefunden. Im heutigen digitalen Zeitalter können Berufstätige direkt von ihrem Computer und Smartphone die globale Arbeitswelt betreten.

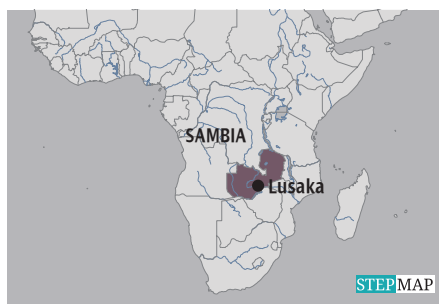
Wie stark hängen Englischkenntnisse von der Familienherkunft und der besuchten Schule ab?

Gut betuchte Familien haben in der Regel hervorragende Englischkenntnisse, während arme Menschen Probleme damit haben. Bei den Reichen kommen die Kinder immer mit Englisch in Berührung, sei es via Internet, Fernsehen, Musik, Filme oder Bücher. In den Schulen, in die sie gehen, werden Englisch oder andere Sprachen wie Französisch gesprochen. Die Reichen schicken ihre Kinder manchmal sogar zu Schulen im Ausland, wo sie ihre Heimatsprache nicht nutzen können. Armen Eltern ist es sehr wichtig, dass ihre Kinder sehr früh Englisch in der Schule lernen.

Welche Sprache benutzen Sie in der Sun-spring Charity School, der von Ihnen gegründeten Gemeindeschule?

Wir nutzen Englisch, aber wir fangen mit Nyanja, einer lokalen Sprache an, die unsere Kinder sprechen, wenn sie zu uns kommen. Sie können kaum Englisch. Deshalb ist unser Ziel, ihnen möglichst schnell gut Englisch beizubringen.

Wie hängt das Einkommen mit formaler Bildung zusammen?



Das Einkommen spiegelt in der Regel die Fähigkeiten und das Wissen einer Person wider sowie ihre beruflichen Entscheidungen. Die Jobchancen und das Einkommen hängen auch von dem erworbenen Bildungsstand ab. Frauen haben in Sambia in der Regel keine oder nur eine geringe formale Ausbildung, und deshalb haben sie schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt und können nur schwer eine formale Anstellung finden. Daher stecken sie häufig in informeller Beschäftigung fest und werden diskriminiert. Berufstätige mit guter formaler Ausbildung haben hingegen gute Einkommen, etwa als Arzt, Anwalt oder Buchhalter. Diejenigen, die die Schule vor dem Abschluss der Sekundarstufe verlassen, haben mit vielen Hürden zu kämpfen. Laut Studien erhöht ein zusätzliches Jahr in der Schule den Verdienst um bis zu zehn Prozent.

Hängen Karriere und sozialer Aufstieg von der Familienherkunft ab?

Ja, Familienkontakte sind sehr wichtig. Die Reichen werden reicher, während die Armen in ihrem Elend feststecken. Nepotismus ist weit verbreitet. Er ist der Krebs, der unsere Gesellschaft zerfrisst und die Werte der Gleichberechtigung aushöhlt.

Welche Chancen haben Ihre Schüler im Leben?

Die Schüler unserer Sun-spring Charity School haben bessere Zukunftsaussichten als andere:

- Erstens glauben wir in die Kraft der Menschenrechte, von denen Bildung ein fundamentales Prinzip ist.
- Zweitens ist Vor- und Grundschulbildung notwendig, damit Kinder kognitive Fähigkeiten und rationales Denken entwickeln.
- Drittens fokussieren wir uns nicht nur auf Lesen und Schreiben, sondern bereiten

unsere Schüler auf lebenslanges Lernen und Entwicklungschancen vor. Wir agieren nach dem Motto von Frederick Douglass, einem afro-amerikanischen Sozialreformer aus dem 19. Jahrhundert, der sagte: „Wenn du lesen gelernt hast, bist du für immer frei.“

Welchen Herausforderungen müssen Sie sich stellen?

Wie viele Non-profit-Organisationen, die auf Geber und Freiwillige angewiesen sind, haben wir Finanzierungsprobleme. Aber wir versuchen auf kreative Weise Fördermittel zu akquirieren. Wir achten darauf, fähige und motivierte Lehrer zu bekommen, ohne die wir keine gute Lernumgebung schaffen können. Wir wollen zu sozialer Gleichheit beitragen und tun unser Bestes, um lokale und internationale Akteure zu mobilisieren, um zu ermöglichen, dass kein Kind zurückgelassen wird.

Wer muss was tun, um Ungleichheit zu reduzieren?

Ungleichheit ist ein globales Problem. Es betrifft jeden, und Frauen sind besonders benachteiligt. Regierungen sind hauptsächlich in der Pflicht, Ungleichheit zu reduzieren. Sie müssen das Bewusstsein schaffen, politische Maßnahmen ergreifen und die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen gewährleisten. Bürger, unabhängige Organisationen und die Wirtschaft haben ebenfalls eine Verantwortung. Sie sollen eine Kultur pflegen, die Inklusion und Chancengleichheit im Alltag lebt. Die sambische Regierung hat sich den Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) verpflichtet wie auch ähnlichen Zielen der Southern African Development Community (SADC). Nun muss sie ihre Versprechen umsetzen.

LINK

Facebook-Seite der Sun-spring Charity School:
<https://www.facebook.com/Sun-spring-Charity-School-150168021809120/>



FRANK MASANTA JR.
ist ein Bildungsaktivist in Sambia. Er hat 2011 die Sun-spring Charity School in Ng'ombe, einem Armenviertel

in Lusaka, gegründet und leitet diese auch. Seine Schule bietet Vor- und Grundschulbildung für mehr als 100 Mädchen und Jungen.

frankmasanta.jr@gmail.com

„Armut ist vom Menschen geschaffen“

Der Wissenschaftler Jason Hickel macht sich in seinem aktuellen Buch Gedanken darüber, warum die Welt so ungleich entwickelt ist und wie dem entgegengesteuert werden kann. Armut sei „die unvermeidliche Folge von fortgesetztem Plündern“ einer vergleichsweise kleinen Gruppe von Menschen in reichen Ländern auf Kosten der armen Länder. Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) sei dabei nicht die Lösung, sondern es brauche eine gerechte politische und wirtschaftliche Weltordnung.

Von Sabine Balk

Der Anthropologe Jason Hickel ist selbst in Swasiland geboren und hat mehrere Jahre als Entwicklungshelfer für verschiedene Nicht-Regierungsorganisationen gearbeitet. Bei seiner Arbeit kam er zu dem Schluss, dass die Kluft zwischen reichen und armen Ländern „weder naturgegeben noch unausweichlich“, sondern vom Menschen erschaffen ist.

Er erkannte, dass die Entwicklungsländer ihre Armut nicht selbst verursacht haben, sondern die Gründe dafür außerhalb zu suchen seien. Er beschreibt und belegt diese ausführlich. Westliche Regierungen hätten unter anderem deshalb kein Interesse an der Entwicklung der Volkswirtschaften in Entwicklungsländern, weil dies die Profite westlicher Konzerne schmälern und den Zugang zu billigen Arbeitskräften und Rohstoffen behindern würde.

Das globale Wirtschaftssystem, so der Autor, sei so strukturiert, dass es eine sinnvolle Entwicklung beinahe unmöglich mache. Der Aufschwung Afrikas wurde außerdem dadurch unterminiert, dass der Westen seine Macht als Kreditgeber ausnutzte. Er spielt dabei auf die Strukturanpassungsprogramme der 1980er und 1990er Jahre an (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/08, Seite 29 und Printheft 2018/09-10, Seite 36). Die geforderten Maßnahmen wie Marktliberalisierungen bewirkten genau das Gegenteil von Fortschritt, sagt Hickel: „Die Volkswirtschaften schrumpften, die Einkom-

men stürzten ab, Millionen von Menschen wurden enteignet, und die Armutsquoten schossen in die Höhe.“

Die ODA vom globalen Norden an den Süden (Anm. d. Red.: in Höhe von 145 Milliarden Dollar 2017) sei reine Augenwischerei. Denn, argumentiert Hickel, es fließen viel mehr Milliarden aus dem Süden wieder in den Norden zurück, entweder in Form von Schuldentilgung, Einkommen ausländischer Anleger in Investitionen in Entwicklungsländern wie Profite von Unternehmen oder Aktien und Anleihegewinne. Weiter fließe sehr viel Geld durch Kapitalflucht ab wie etwa durch Schwund in den Zah-

in einer wesentlich besseren Verhandlungsposition als die armen und könnten die Bedingungen diktieren.

Der Autor lehnt das derzeitige „Entwicklungsparadigma“ ab, dass die „unterentwickelten“ Länder nur die Entwicklungshilfe der reichen Länder benötigten und deren Ratschläge befolgen müssten, dann würden sie sich genauso entwickeln wie die reichen Länder. Dieses Entwicklungsparadigma trage dazu bei, dass die Frage der globalen Ungleichheit entpolitisiert werde. Dieses „Wohltätigkeitsparadigma“ sei unnötig, die armen Länder benötigten Gerechtigkeit. Das heißt für Hickel: Die Regeln, die Armut überhaupt erst erzeugen, müssen verändert werden. Dafür, wie dies umgesetzt werden könnte, liefert er fünf Ideen:

1. Entschuldung: Die Schuldenlast müsste den Entwicklungsländern gestrichen werden, das würde ihnen wieder die Kontrolle über die eigene nationale Wirtschaft geben und die Kontrolle, die die reichen Länder ausüben, zurückdrängen.



Faire Löhne und fairer Handel sind entscheidend, um Armut wirkungsvoll zu bekämpfen: Tee-Produktion in Kenia.

lungsbilanz-Ausgleichszahlungen zwischen Ländern oder durch falsche Rechnungsstellung. Dabei handelt es sich meist um illegale Praktiken.

Weitere hohe Verluste entstehen laut Hickel durch Ausbeutung beim Handel. „Von den Anfängen des Kolonialismus bis hin zur heutigen Globalisierung war das primäre Ziel des Nordens, die Kosten der im Süden eingekauften Arbeit und Waren zu drücken.“ Zwar sei der Welthandel heute formal frei, doch die reichen Ländern seien

2. Globale Demokratie: Die wichtigsten Institutionen der Global Governance, also Weltbank und Internationaler Währungsfond, müssten demokratisiert werden. Die Länder des globalen Südens müssten darin fair und gleichberechtigt repräsentiert sein. Momentan haben die reichen Länder rund 60 Prozent der Stimmen.

3. Fairer Handel: Die WTO verlangt, dass alle Mitgliedstaaten anteilmäßig die Zolltarife senken. Es würde mehr Sinn machen, armen Ländern bestimmte Handels-

vorteile zu geben, als zu verlangen, dass reiche Länder ärmeren Staaten freien Zugang zu ihren Märkten gewähren.

4. Faire Löhne: Hickel fordert ein globales System für Arbeitsstandards, wozu unter anderem die Einführung eines globalen Mindestlohns gehöre.

5. Gemeingüter zurückerobern: Die Mechanismen der Ausbeutung wie Steuerhinterziehung, Landraub und Klimawan-

del müssen angegangen werden. Landraub könnte dadurch verhindert werden, dass Investoren nicht mehr mit Nahrungsmitteln spekulieren dürften und es Landreformen zur Stärkung der Kleinbauern gebe.

Zuletzt widmet sich der Autor noch dem Thema des „Wachstumsdilemmas“, wie er es nennt. Er plädiert dafür, weg vom Ziel des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu kommen, das heutzutage mit

dem menschlichen Fortschritt gleichgesetzt wird. Dieses zerstöre aber die natürlichen Ressourcen der Erde. Viel sinnvoller sei es, über alternative „Fortschrittsmesswerte“ nachzudenken, wie eine Reduzierung der Arbeitszeit und weniger Konsumdruck.

BUCH

Hickel, J., 2018: *Die Tyrannei des Wachstums*. München, dtv.

Wohlstand mit den richtigen Institutionen

Um die Gründe für den wirtschaftlichen Erfolg von Staaten zu verstehen, muss das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik untersucht werden. Der Ökonom Daron Acemoglu und der Politikwissenschaftler James A. Robinson behandeln dieses Thema in ihrem Buch „Warum Nationen scheitern“.

Mangelhafte Bildung, unzureichende Gesundheitsversorgung und fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten sind Gründe für die zunehmende weltweite Ungleichheit. Das 2012 veröffentlichte Buch von Acemoglu und Robinson untersucht die Ursachen für diese Fehlentwicklung.

Die beiden Professoren betrachten es als notwendig, die Unterschiede zwischen Ländern zu verstehen, um ungleiche Wohlstandsverhältnisse zu erklären. Institutionen seien der Motor für Entwicklung, da sie Individuen wirtschaftliche Einstiegschancen ermöglichen und Anreize zur Gründung neuer und innovativer Unternehmen schaffen. Wie sich die Wirtschaft entwickelt, hängt von den politischen Institutionen eines Staates ab.

Acemoglu und Robinson unterscheiden zwischen

„inklusive“ und „extraktiven“ – sich bereichernden – Institutionen. Inklusive Institutionen ermöglichen es jedem Bürger, an wirtschaftlichen Vorgängen teilzunehmen und sich dadurch zu integrieren. So werde wirtschaftlicher Wettbewerb geschaffen. Gute öffentliche Schulen, beispielsweise, böten jungen Menschen jeglicher Gesellschaftsschicht die gleichen Möglichkeiten zu lernen. Sich bereichernde Institutionen hingegen handelten laut der Autoren lediglich im Interesse der Elite.

Wirtschaftliche und politische Institutionen sind voneinander abhängig. Inklusive politische Institutionen unterstützen inklusive wirtschaftliche Institutionen und umgekehrt. In Gesellschaften mit inklusiven Institutionen garantiert der Staat den Schutz der Bedürfnisse aller Bürger. Des Weiteren gibt es in solchen Gesellschaften eine unabhängige Justiz, die die Rechte aller Menschen wahrt. In Staaten mit ausbeuterischen Institutionen herrscht eine korrupte und autoritäre Regierung, und einzig eine Minderheit profitiert vom Wohlstand.

Die Autoren argumentieren, dass sich bereichernde

Institutionen die Hauptsache für das Scheitern von Staaten sind, da sie wirtschaftlichen Fortschritt behinderten oder gar aufhielten. In solchen Staaten sei eine „kreative Zerstörung“ notwendig, denn nur neue, inklusive Institutionen könnten Veränderung und positive Entwicklungen ermöglichen. Ausbeuterische Institutionen überdauern aber oft sehr lange und schaffen es, sich Wandel zu widersetzen.

Welche Institutionen sich in einem Land etablieren, hängt von dessen Geschichte ab, meinen Acemoglu und Robinson. Die Erfahrungen der Gesellschaft mit vorhergegangenen Institutionen seien gewissend für die Zukunft.

Zur Erläuterung ihrer Theorie beziehen sich die Autoren auf Fallbeispiele verschiedener Länder. Die Entwicklung von Botsuana und Simbabwe, beides frühere britische Kolonien, sind sehr unterschiedlich. Nachdem Botsuana seine Unabhängigkeit 1960 erreichte, entwickelte das Land schnell inklusive wirtschaftliche und politische Institutionen. Das vormalige pluralistische politische System überdauerte die Kolonialherrschaft und etablierte sich wieder in neuen Institutionen. So entwickelte sich Botsuana zu einer Demokratie mit regelmäßigen Wahlen. Von Bürgerkriegen oder Militär-

herrschaft blieb das Land verschont.

Simbabwe hingegen erlangte 1980 im Zuge eines Befreiungskrieges seine Unabhängigkeit, blieb aber geprägt durch die ausbeuterischen Institutionen der Kolonialherrschaft. Die Regierungspartei ZANU-PF regulierte die Wirtschaft und staatliche Industrien. Privatunternehmen konnten sich nicht etablieren. Das ausbeuterische und repressive Regime der ZANU-PF führte letztlich zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes. Simbawes Pro-Kopf-Einkommen betrug 2008 nur die Hälfte von 1980.

Diese und andere Beispiele zeigen, was zum Erfolg oder Scheitern von Staaten beiträgt. Den Autoren zufolge hängt der Wohlstand von Staaten von guten Institutionen ab. Acemoglu und Robinson überzeugen mit ihrer Argumentation, dass unregulierte Märkte keinen Wohlstand ermöglichen. Ein entsprechendes politisches Umfeld ist notwendig, damit die ganze Gesellschaft profitiert und nicht nur die einflussreichsten Mitglieder (siehe auch E+Z/D+C e-Paper 2018/08, S. 38).

Rebecca Renz

LITERATUR

Acemoglu, D., und Robinson, J. A., 2017: *Warum Nationen scheitern*. Frankfurt, Fischer Taschenbuch.



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



◀ www.twitter.com/forumdc



D+C

Tweets 12,4 Tsd. Folge ich 2.070 Follower 4.704 Gefällt mir 184 Listen 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation. Imprint: ow.ly/NBIV30kfnGm

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

4.113 Fotos und Videos



BLOG

D+C/E+Z

Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C

Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.
The #HealthEquityFund is improving access to #healthcare for the poorest people in #Cambodia ow.ly/5gTT30mkY4Z #poverty



Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch

Aktualisieren



Charles Onyango-Obbo
@cobbo3



Africa Renewal, UN
@africanrenewal



Interactive Brokers
@IBKR

